

haben uns im Übrigen davon überzeugt, dass das einmalig so möglich ist.

Ich darf das Katholische Büro als unverdächtigen Zeugen zitieren, das in seiner Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz vom 15. Dezember 2003 festgestellt hat, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner Ersatzschulfinanzierung im Ländervergleich im oberen Drittel liegt. Angesichts dessen empfinde ich 15 Millionen € von 962 Millionen € als vertretbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe einige Punkte skizziert und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Der Kollege Schartau wird jetzt noch zum Weiterbildungsbereich Stellung nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Harald Schartau.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weiterbildung wird immer mehr zur Schlüsselgröße für Beschäftigungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Weiterbildung bleibt daher öffentlicher Auftrag. Zugleich ist aber jeder Einzelne von uns gefordert, der gestiegenen Bedeutung der Weiterbildung für die eigene Lebensführung mit mehr Eigenverantwortung zu begegnen.

Wenn also für die Weiterbildung in den nächsten beiden Jahren weniger Haushaltsmittel veranschlagt werden, drückt sich darin der notwendige Konsolidierungsbeitrag jedes einzelnen Politikbereiches aus. Ganz unabhängig davon erscheint es gerechtfertigt, über neue Finanzierungsinstrumente und -modalitäten nachzudenken.

Jede betroffene Einrichtung der Weiterbildung kann den Ausgleich des Minderbetrags selber gestalten, indem sie entscheidet, wie sie die Einsparungen kompensiert. Dazu kann die stärkere Einwerbung von Drittmitteln gehören oder eine Erhöhung des Trägeranteils wie auch eine moderate Anhebung der Teilnahmebeiträge.

Es entspricht der wachsenden Bedeutung von Weiterbildung, wenn Bildung und Weiterbildung für die Unternehmen und jeden Einzelnen/jede Einzelne von uns immer wichtiger werden. Vor diesem Hintergrund müssen wir bereit sein, mehr vom eigenen oder vom Firmenbudget zu investieren. Auch das gehört zu einer gestiegenen Verantwortung.

Die Förderung des Landes über Projektmittel kann immer nur ein ergänzender Beitrag sein. Die Existenz von Einrichtungen kann das Land weder mit den Mitteln des Weiterbildungsgesetzes noch über Projektgelder sichern. Lassen Sie es mich deutlich sagen: Das Land ist nicht Träger der Weiterbildung, sondern ihr Partner.

Im Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung haben sich durch die Ausschussberatungen gegenüber der Regierungsvorlage zwei Veränderungen ergeben:

Erstens. Die Mittel für die politische Bildungsarbeit, der politischen Stiftungen und der anderen Träger im Land werden - erstens - so angehoben, dass die Kürzung bei diesen beiden Titeln 15 % ausmacht, also ebenso viel, wie es für die Mittel des Weiterbildungsgesetzes der Fall ist. Ich habe die Hoffnung, dass die Stiftungen und anderen Einrichtungen ihre wertvolle Arbeit trotz dieser Einschränkungen weiterführen können.

Zweitens. Für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung können trotz der äußerst angespannten Haushaltslage die Sachmittel für 2004/2005 überrollt werden. Damit kann die Landeszentrale auch in Zukunft mit der Durchführung eigener Tagungen, der Produktion, dem Ankauf sowie der Verteilung und Verbreitung von Publikationen und audiovisuellen Arbeitsmitteln wichtige Akzente in der politischen Bildungsarbeit setzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen zum Bereich 1 liegen mir nicht vor.

Ich weise darauf hin, dass wir über den Einzelplan 05 wie verabredet erst im Anschluss an den Bereich 2, der jetzt folgen wird, sowie den Einzelplan 15 nach der Diskussion über den Bereich 4 - Arbeit - abstimmen werden.

Ich rufe den **Bereich 2** auf:

Kinder, Jugend und Familie

Angesprochen sind der Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - sowie der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4811 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen

13/4911 und 13/4912 - 2. Neudruck - jeweils zum Einzelplan 05.

Ich eröffne die Beratung zum Bereich 2 mit der Wortmeldung des Kollegen Mahlberg für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Thomas Mahlberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Für die Zukunft unserer Kinder", so leiten Sie, Frau Ministerin Schäfer und die Landesregierung, den Haushalt ein. Das liest sich gut, und wir haben verschiedentlich darüber debattiert. Auch Ihr SPD-Parteitag in Bochum wollte noch einmal ein deutliches Zeichen für Kinder setzen. Warum - das frage ich mich ganz ernsthaft - versuchen Sie nicht, dem eigenen Anspruch, den Sie sich setzen, in Form des Haushalts gerecht zu werden?

(Beifall bei der CDU)

Aus dem, was Sie uns auf den Tisch gelegt haben, spricht genau das Gegenteil dessen, was Sie eigentlich vermuten lassen, wenn Sie sagen, etwas für die Zukunft unserer Kinder tun zu wollen. Drei Bereiche, die wesentlich für diesen Haushalt sind, möchte ich noch einmal dezidiert ansprechen:

Beim Landesjugendplan etwa gehen Sie hin und wollen dort nicht nur kürzen, sondern Sie radieren mit den Kürzungen, die Sie vorhaben, wesentliche Träger der Jugendhilfe sogar aus. Das ist selbst SPD und Grünen zuviel geworden. Deshalb sind von deren Seite Anträge gestellt worden, einen Teil dieses Kürzungsvorhabens zurückzunehmen.

Im Bereich der Kindertagesstätten haben Sie für das Jahr 2004 eine Kürzung um 50 Millionen € und für das Jahr 2005 eine Kürzung um 75 Millionen € veranschlagt. Das betrifft die Kleinsten in der Gesellschaft, die sich nicht selber wehren können.

Weil Sie die Sachkostenpauschale beschneiden wollen, könnten wir es im Grunde auf den Punkt bringen und sagen: Sie wollen den Kindern in den Kindertagesstätten das Spielmaterial wegnehmen. - Ich finde, das ist nichts Zukunftsweisendes für den Kinder- und Jugendbereich in Nordrhein-Westfalen.

Ebenso wenig zukunftsweisend für den Jugend- und Familienbereich in Nordrhein-Westfalen ist es, wenn Sie die Mittel für die Ehe- und Familienberatung deutlich herunterfahren wollen, sodass viele unserer Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen nicht nur in ihrer Existenz gefährdet

sind, sondern - Ihnen sind konkrete Zahlen vorgelegt worden - bestimmte Einrichtungen sogar geschlossen werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Ministerin Schäfer, ich sage Ihnen ganz deutlich: Die CDU macht das nicht mit und hat deshalb heute zur zweiten Lesung wie auch im Haushalts- und Finanzausschuss klare Anträge vorgelegt

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben ja auch keine Verantwortung!)

mit dem Ziel, diese Kürzungen in Gänze zurückzunehmen. Das ist notwendig, um verlässliche Planung im Kinder-, Jugend- und Familienbereich in Nordrhein-Westfalen hinzubekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin Schäfer, Sie haben eben von den Ritualen gesprochen. In der Tat: Es gibt Rituale. Immer zum Jahresende, wenn der Haushalt auf den Tisch gelegt wird, spricht man mit den entsprechenden Trägern, die natürlich Mittel brauchen, um die Jugend- und Familienarbeit in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, über die Ausgestaltung dieser Mittel.

Das heißt nicht, dass diese Träger, die zu uns kommen und mit uns und auch mit Ihnen sprechen, nicht wüssten, wie es um die Haushaltssituation des Landes bestellt ist. Auch sie wissen natürlich, dass es unter Umständen darum geht, Sparbeiträge zu erbringen.

Aber, Frau Ministerin, es muss in der Politik um eines gehen: um Verlässlichkeit. Das heißt, es muss die Möglichkeit geben, auf die Situation zu reagieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Verlässlichkeit bei Steuereinnahmen?)

Sie nehmen in Ihrer Art und Weise, wie Sie mit dem Problem umgehen, den Trägern jede Möglichkeit, sich tatsächlich auf die Situation einzustellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert. Sie nennen es eine Verlässlichkeit den Trägern gegenüber. Ich persönlich halte es für eine Unverschämtheit, was das Ministerium gemacht hat, indem es zu einem Zeitpunkt, als der Haushaltsplan noch nicht einmal in der parlamentarischen Bera-

tung war, einen Erlass an die Landschaftsverbände auf den Weg

(Ute Koczy [GRÜNE]: Das war kein Erlass!)

gebracht und die Landschaftsverbände angewiesen hat, den Verbänden bereits mitzuteilen, welche Kürzungen sie in diesem und im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen von Ihnen zu erwarten haben.

Das ist, Frau Ministerin Schäfer, eine Ausbeulung des Parlamentrechtes. Drei Kollegen und ich haben deshalb eine Kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt und versucht, unserem Ärger Luft zu machen. Das Parlament beschließt den Haushalt, und dann kann man darauf reagieren und den Trägern sagen, wie sie mit dem Geld umzugehen haben.

(Zuruf von Ute Koczy [GRÜNE])

Dass offensichtlich Frau Kollegin Koczy auch ein Problem damit hat, hat sie noch einmal deutlich dokumentiert, denn bereits vor der Beratung in dem Fachausschuss am 18.12. hat Frau Kollegin Koczy ein Resümee dieser Haushaltsberatungen gezogen und die Träger bzw. den Landesjugendhilfeausschuss im Rheinland angeschrieben und ihm gesagt, was tatsächlich auf den Weg gebracht wird.

Im Übrigen, Frau Kollegin Koczy - vielleicht sollten sich das die Damen und Herren der SPD auch noch einmal auf der Zunge zergehen lassen -, Folgendes zu dem Thema "ein sehr verlässlicher Partner". Ich darf aus dem Brief vom 18.12., gerichtet an den Landesjugendhilfeausschuss im Rheinland, zitieren:

"Wir wissen, dass die Belastungen für die Einrichtung trotz der moderaten Entlastung für einen kleinen Teil der Träger sehr groß sind. Leider konnten wir in den Verhandlungen mit der SPD die von meiner Fraktion beschlossene Übertragung des Ansatzes von 2003 auf die beiden kommenden Jahre nicht erreichen."

Danke, Frau Kollegin Koczy. Das ist auch unsere Linie. Wir wollen das nämlich auch übertragen. Sie haben heute letztmalig die Gelegenheit, aus Ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen und für die Anträge der CDU, die - um das klar zu sagen - gedeckt sind, zu stimmen, damit Sie Ihre Linie, die Sie für sich festgelegt haben, tatsächlich überbringen können.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, ist Verlässlichkeit. Die CDU hat deshalb gemeinsam mit der FDP am 10.02.

des letzten Jahres einen Antrag auf den Weg gebracht. Er nennt sich "Landesjugendplan auf eine verlässliche Basis stellen". Dort skizzieren wir noch einmal sehr deutlich, dass es darum geht, im Dialog mit den Trägern Konzepte zu erarbeiten, wie man über mehrere Jahre hinweg Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gestalten kann. Dieser Antrag hat uns sehr viel Zustimmung eingebracht, im Übrigen auch von den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen.

Ich darf aus dem Plenarprotokoll vom 19.02. zitieren. Dort sagt Kollege Flessenkemper:

"Aber wir haben schon bei den letzten Haushaltsberatungen im letzten Jahr gesagt, dass SPD und Grüne mit den notwendigen Kürzungen die Vorstellung verbinden, den Landesjugendplan von weiteren Kürzungen freizuhalten."

- das bezieht sich jetzt auf die beiden Haushaltsjahre, die wir beraten -

"(Beifall von Ute Koczy [GRÜNE])

um damit die Verlässlichkeit des Landesjugendplans als Signal in Richtung der Träger noch einmal zu dokumentieren. Insofern greifen wir es gerne auf."

Herr Kollege Flessenkemper, wenn es so ist, dass Sie den Landesjugendplan von Kürzungen freihalten wollen, warum kürzen Sie ihn dann - trotz Ihres Erhöhungsantrages - um rund 39 Millionen € für beide Jahre? Warum tun Sie das? Ich kann das nicht nachvollziehen und bitte Sie deshalb, noch einmal darüber nachzudenken und den Anträgen der CDU, die wir heute gestellt haben, zu folgen, damit Sie das, was Sie in früheren Sitzungen gesagt haben, entsprechend publizieren - ich könnte jetzt noch aus dem Ausschussprotokoll vom 13.03. zitieren -, damit diese Linie, die Sie für sich festgelegt haben, tatsächlich umgesetzt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende und darf noch einmal zusammenfassend sagen, dass das, was wir vorgelegt bekommen haben, sehr enttäuschend ist. Wir haben geglaubt, dass es gerade in der Zeit nach PISA eigentlich klar sein würde, dass es eine Priorität für den Bildungsbereich - dazu zählt ausdrücklich auch der Jugendbereich - geben würde. Es ist enttäuschend, vom Ministerium dann einen Haushaltsplan vorgelegt zu bekommen, der im Grunde im Gießkannenprinzip Kürzungen vorsieht, Einschnitte bei Kindern und Jugendlichen vornimmt.

Wir hatten wirklich geglaubt, Kinder-, Jugend- und Schulpolitik könnte ein Schwerpunkt in diesem Haushalt sein. Da haben Sie uns leider erheblich enttäuscht.

Ich habe das Gefühl, dass Ihre Kürzungen, die Sie, Frau Ministerin Schäfer, im Kindergartenbereich vornehmen, Wasser auf die Mühlen derer sind, die den gesetzlichen Anspruch auf den Kindergartenplatz gar nicht wollen, die ihn aufweichen wollen, die viel flexiblere Lösungen in diesem Bereich haben wollen. Es ist bedauerlich, dass gerade von Düsseldorf dieses Signal ausgeht. Das weicht diesen gesetzlichen Anspruch auf.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Ich habe, liebe Frau Ministerin Schäfer, über die Monate, in denen wir gemeinsam arbeiten, das Gefühl entwickelt, dass Sie noch gar keine ausreichende Beziehung zur Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen aufgebaut haben. Ihnen fehlt, glaube ich, die Orientierung, was Jugendhilfe in diesem Land bedeutet.

(Carina Gödecke [SPD]: Jetzt reicht es aber!)

Ich glaube, dass Sie in Ihrem Ministerium eigentlich nur in Richtung Schule operieren. Sie haben eben das Stichwort gegeben, als Sie zum ersten Teil dieser Debatte gesprochen haben. Es geht Ihnen im Wesentlichen darum, das Projekt Offene Ganztagsgrundschule, wie Sie es konzipiert haben, zu verwirklichen. Dem ordnen Sie alles unter, auch den gesamten Bereich der Jugendhilfe.

Das eigentliche Signal, das Sie aussenden wollen, auch mit diesen Beratungen und mit Ihren Einlassungen, ist eigentlich, dass Sie den Damen und Herren, die in der Jugendarbeit tätig sind, sagen: Wenn Ihr Euch in diesem Bereich retten wollt, dann könnt Ihr das tun, indem Ihr Hilfskräfte in der Schule werdet. Ihr könnt die offene Ganztagsgrundschule mitgestalten. Das ist Eure Perspektive und keine andere!

Ich sage noch einmal: Es ist sehr enttäuschend, dass die Jugendministerin in Nordrhein-Westfalen keine Beziehung zur Jugend entwickelt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Mahlberg. - Für die SPD erteile ich jetzt Herrn Flessenkemper das Wort.

Bernd Flessenkemper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! So flott der Kollege von der CDU mit Bewertungen dabei ist, so mangelhaft ist das, was Sie bisher in den Haushaltsberatungen präsentiert haben, nämlich überhaupt nichts.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass Sie sich besonders für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen engagieren. Tatsache ist, dass Sie in den Fachausschusssitzungen - und da hätte das inhaltlich diskutiert werden müssen - bisher nicht einen einzigen Antrag eingebracht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So sieht die Wirklichkeit aus.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, in denen wir uns zurzeit befinden, will die SPD-Fraktion auch in 2004 und in 2005 nach wie vor die nötige Förderung für den Kinder-, Jugend- und Familienbereich sichern und wird deshalb deutliche Korrekturen beim Haushaltsentwurf vornehmen.

Zu den extrem ungünstigen Rahmenbedingungen ist hier schon einiges ausführlich dargelegt worden. Daraus resultierend sind die Vorgaben für die Haushaltsberatungen, dass im Bereich der Personalförderung 20 bzw. 40 % eingespart und bei den Sachkosten bis zu 60 % reduziert werden sollen.

Wenn Sie in den Haushaltsentwurf gucken, dann werden Sie feststellen, dass z. B. bei den Beratungsstellen, aber auch beim Landesjugendplan die Einsparquoten geringer ausgefallen sind und damit der Stellenwert der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen auch durch die Landesregierung unterstrichen wird.

Festzustellen ist ferner, dass die nach dem Entwurf im Landesjugendplan verbleibenden 58 Millionen € im Vergleich zu anderen Bundesländern nach wie vor immer noch die höchste Förderung im Kinder- und Jugendbereich darstellen. Allerdings ist auch richtig, dass die Gelder für die Kinder- und Jugendarbeit nach diesem Entwurf um mehr als ein Drittel reduziert würden.

Gemessen an den Zusagen der vergangenen Jahre - insbesondere an diejenigen, die sich bereitwillig auf einen Reformprozess eingelassen haben, die ihre Arbeit inhaltlich weiterentwickelt haben, die Strukturen verändert haben und die auch bereit waren und sind, ihre Arbeit nach Wirksamkeit bewerten zu lassen - und dem daraus resultierenden Vertrauensvorschuss hätte ich

mir gewünscht, dass die Einsparungen deutlich geringer ausgefallen wären.

Ich hätte mir gewünscht - nicht vom Ministerium, aber von der Landesregierung insgesamt -, dass spätestens zu dem Zeitpunkt, als Änderungen in anderen Bereichen möglich wurden, solche auch bei der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit vorgenommen worden wären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nachdem dies nicht geschehen ist, waren insbesondere die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefordert, hier entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Dies kann man - wie eben dargestellt - leichtfertig als Ritual während der Haushaltsberatungen abtun. Wer sich aber wie wir mit den Beteiligten in vielen Gesprächen über mögliche Konsequenzen unterhalten hat, wer mit Menschen gesprochen hat, die bereits die Kündigung vor Augen hatten, der wird sofort begreifen, dass wir uns und insbesondere auch den Betroffenen dies gerne erspart hätten und nur der absolute Sparzwang diese Maßnahmen - wenn überhaupt - rechtfertigen kann.

Wie ernst, wie engagiert und vertrauensvoll die CDU sich die Probleme der Betroffenen zu Eigen macht - außer in Sonntags- oder in Mittwochsreden -, wird daran deutlich, dass Sie sich nicht einmal der Mühe unterzogen hat, im Ausschuss auch nur einen einzigen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der SPD - Antonius Rüsenberg [CDU]: Die liegen doch heute vor!)

Für die Betroffenen in Nordrhein-Westfalen, für die Kinder und Jugendlichen, haben Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, auch nur einen einzigen Euro oder auch nur einen einzigen Cent mehr einzufordern.

Nachdem Sie Ihre Hausaufgaben dort, wo es hätte sein müssen, nicht gemacht haben, wird es Ihnen auch nichts mehr nützen, wenn Sie heute hier mit großem Getöse versuchen, Ihre Untätigkeit und Ihre Unfähigkeit im Rahmen der Haushaltsberatungen zu kaschieren.

(Beifall bei der SPD und von Ute Koczy [GRÜNE])

Damit komme ich zu den Änderungen, auf die sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verständigt haben.

Zum Einzelplan 05: Bei der Sachkostenförderung für die Kindertagesstätten wollen wir den Ansatz

in 2004 um 2 und im Jahr 2005 um 3 Millionen € erhöhen.

Diese Mittel sollen dazu dienen, dass die Träger, die Mieter von Einrichtungen sind, bei den vorgesehenen Einsparungen um 400 bzw. um 600 € jeweils im Jahr 2004 bzw. 2005 entlastet werden und damit in der Belastung in etwa den Eigentümern gleichgestellt werden.

Ergänzend dazu wollen wir den Zugriff auf Rücklagen sowie einrichtungsübergreifende Lösungen ermöglichen. Damit sind deutlich Rücklagen angesprochen und nicht - wie immer wieder von Ihnen zitiert - die Spielmittel, die angeblich damit in Gefahr sind - bei einer Förderung der Sachkostenpauschale von über 10.000 €. Das muss man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Landesjugendplan: Die Mittel dort sollen in 2004 um etwa 12 und im Jahr 2005 um 16 Millionen € aufgestockt werden - in der Hauptsache für den Bereich der offenen und teiloffenen Einrichtungen sowie zur Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule.

Wir greifen damit die aktuelle Diskussion über den Beitrag der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen von ganzheitlichen Bildungsprozessen auf, wie u. a. auch im KJHG bereits fixiert.

Unbestreitbar ist, dass die Jugendarbeit auch künftig vielfältige Freizeitaktivitäten, Partizipationsmöglichkeiten, gemeinschaftliche Erlebnisformen und vieles mehr bieten wird.

Richtig ist auch, dass sie heute schon zahlreiche Orte der Bildung bietet sowie vielfältige Impulse für Bildungsprozesse gibt - außerhalb von Schule.

Dabei gilt es aber gleichzeitig, das Zusammenwirken von Jugendarbeit und Schule im Bereich der Sekundarstufe I stärker in den Mittelpunkt der Kinder und Jugendlichen zu rücken. So wollen wir die Förderung der offenen Jugendarbeit in 2004 um 7,6 und in 2005 um 7 Millionen € erhöhen. Wir wollen aber auch darüber hinaus die Fördermittel für Angebote in der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule erhöhen, und zwar 2004 um 2 und 2005 um 7 Millionen €.

Damit stellt das Land für die Jugendarbeit in Einrichtungen vor Ort insgesamt 27 Millionen € jährlich zur Verfügung. Das kann und darf aus unserer Sicht nicht weiter abgesenkt werden. Aber wir wollen die Fördermittel für die offene Arbeit schrittweise bis 2007 für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule umschichten. Dabei steht für uns fest, dass die Jugendarbeit ein eigenstän-

diger Bereich bleiben und die Kooperation mit der Schule auf gleicher Augenhöhe stattfinden muss. Deshalb wollen wir die Umsetzung gemeinsam mit den Beteiligten entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Summe steigen die Mittel für den Landesjugendplan im Jahr 2005 insgesamt auf rund 75 Millionen € und im Jahr 2004 auf ca. 80 Millionen €. Soweit zu einigen wichtigen - wenn auch nicht zu allen - Veränderungen, die man in den entsprechenden Protokollen des Fachausschusses nachlesen kann.

Im Einzelplan 11 geht es der SPD-Fraktion insbesondere um eine Korrektur der Förderung der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen. Ausgehend u. a. von ersten Erkenntnissen, die über das soziale Frühwarnsystem gewonnen wurden, zeigt sich, dass die Beratung dann am effektivsten sein kann, wenn niedrigschwellige, zielgruppenspezifische Angebote Eltern, Kinder und Jugendliche so frühzeitig wie möglich erreichen. Frühzeitig erreichbar sind sie im Kindergarten und in der Schule, insbesondere in der Grundschule.

Deshalb macht es Sinn, dass sich Beratungsstellen, Kitas, Schulen, Familienbildungsstätten sowie Sozialhilfe- und Jugendhilfeeinrichtungen vor Ort stärker absprechen, dass sie stärker kooperieren und sich sozialraumorientiert vernetzen, um die Menschen dort abzuholen und ihnen dort Unterstützung anzubieten, wo sie leben. Das hilft insbesondere den Alleinerziehenden. Es hilft Familien in sozialen Notlagen, und es hilft den Familien mit Migrationserfahrung.

Deshalb wollen wir gemeinsam mit den kommunalen und den freien Trägern die Familienberatung umstrukturieren. Ziel ist es auch hier, die bisherige Förderung schrittweise bis 2007 abzusenken und gleichzeitig die frei werdenden Mittel in einem neuen Förderstrang unter dem Titel "Beratung in vernetzten Strukturen" zu bündeln.

Da wir mit diesem Prozess bereits in diesem Jahr beginnen wollen, sollen in den angesprochenen Förderstrang jetzt 4,2 Millionen € eingestellt werden. Diese Mittel sollen dann schrittweise durch frei werdende bisherige Fördermittel im Kapitel 11 050 Titelgruppe 60 entsprechend aufgestockt werden. Damit würden für die Familienberatung insgesamt ca. 22 Millionen € zur Verfügung stehen.

Die so genannten Ermessungsmittel bei der Familienbildung werden von uns ebenfalls korrigiert. Das sind z. B. Mittel für die begleitende Kinder-

betreuung. Wir wollen diese Mittel wieder auf über 2 Millionen € jährlich aufstocken.

Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als ob mit diesen Korrekturen alle Probleme gelöst wären. Dazu ist der Sparzwang einfach viel zu groß. Um die verbleibenden Kürzungen durch Umstrukturierung, Zusammenfassung von Aufgaben, aber auch durch Einschränkungen an der einen oder anderen Stelle auffangen zu können, ist es erforderlich, dass den Trägern eine deutlich höhere Flexibilität im Umgang mit Fördermitteln eingeräumt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Richtlinien entsprechend geöffnet, angepasst oder da, wo es sinnvoll ist, ausgesetzt werden.

Wir geben - das habe ich eben dargestellt - den Beratungsstellen und den Jugendeinrichtungen mittelfristig eine Perspektive, wohin es gehen soll. Wir geben ihnen Zeit und Gelegenheit, sich auf diese Perspektive einzustellen. Wir laden die Betroffenen ein, mit uns gemeinsam eine praktikable Umsetzung, orientiert an diesen Perspektiven, zu entwickeln.

Damit wird deutlich - das sage ich gerade mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die sich aus meiner Sicht im Rahmen der Haushaltsberatungen völlig anders verhalten -, dass wir Sozialdemokraten, aber auch Bündnis 90/Die Grünen, uns trotz des Spardiktats dem politischen Gestaltungsauftrag verpflichtet fühlen - mit Blick auf die Interessen der Kinder, Jugendlichen und Familien in Nordrhein-Westfalen.

Uns ist klar, dass trotz der aufgezeigten Verbesserungen die notwendigen Einsparungen für die Betroffenen in vielen Bereichen nur schwierig umzusetzen sind. Wenn sie zu begründen sind, dann meist nicht aus fachlicher Sicht, sondern ausschließlich über den finanziellen Engpass.

Auch wenn wir uns künftig weiter darüber unterhalten und auseinander setzen müssen, wie wir öffentliche Mittel und Dienstleistungen optimieren und konzentrieren können, will ich noch einmal das verdeutlichen, was wir gestern innerhalb der SPD-Fraktion diskutiert und bekräftigt haben. Mit dem, was wir hier für den Landesjugendplan beraten und in den Jahren 2004 und 2005 umsetzen, ist aus unserer Sicht wirklich die finanzielle Talsohle erreicht.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist um.

Bernd Flessenkemper (SPD): Ich komme sofort zum Schluss meiner Rede.

(Zuruf von der FDP)

- Sie sind schon lange am Ende.

(Beifall bei der SPD)

Weitere Absenkungen darf es aus Sicht der SPD nicht geben. Im Gegenteil: Sobald sich die Landesfinanzen bessern, muss auch der Landesjugendplan davon profitieren. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Flessenkemper. - Für die FDP spricht jetzt der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über den Landeshaushalt beraten, geht es nicht nur um die Einnahme- und Ausgabepositionen für die kommenden beiden Jahre: Dieser Landeshaushalt ist nach meiner persönlichen Einschätzung sehr viel mehr. Dieser Landeshaushalt markiert drastisch das Ende einer gestalterischen Kinder- und Jugendpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der FDP)

Der Landeshaushalt ist das barsche Kündigungsschreiben für die erst kürzlich mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen geschlossenen und bei der Beratung des letzten Tagesordnungspunkts von der Ministerin noch so gelobten Bildungsvereinbarung. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, nicht zuletzt ist dieser Landeshaushalt der melancholische Abschiedsbrief an Ihre politische Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der FDP)

In der Vergangenheit sind nämlich große Einsparungen wie bei dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder 1998 oder bei der Neuregelung des Landesjugendplans immer Hand in Hand mit fachlichen Diskussionen mit den Zuwendungsempfängern gegangen. Damals sind diese Einsparungen genutzt worden, um Flexibilisierungen auf den Weg zu bringen und fachliche Innovationen im Land umzusetzen. Jetzt aber diktiert allein der Rotstift. Die Richtlinien werden danach zusammengefummelt, wie sie noch einigermaßen mit den finanziellen Möglichkeiten in Übereinstimmung gebracht werden können.

Da ich gerade den Staatssekretär und den Abteilungsleiter sehe, will ich es noch etwas anders

sagen: Frau Schäfer, es ist der Fachebene in Ihrem Ministerium zu verdanken, dass Sie mit diesen Etatberatungen nicht komplett baden gegangen sind.

In den letzten Jahren stand nur noch gut ein Achtel der Ausgaben des damaligen Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit für landespolitische Schwerpunktsetzungen zur Verfügung. Der Rest der Ausgaben hatte lediglich gesetzsvollziehenden Charakter. Die Regierungskoalition beabsichtigt nun, die ohnehin unentworfene Schwerpunktsetzung, dieses schwache Bekenntnis zu diesem Aufgabengebiet weiter zu relativieren.

Die angestrebten Mittelkürzungen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik bedrohen über Jahrzehnte gewachsene Strukturen in ihrer Existenz, gehen voll zulasten der nachwachsenden Generation und stehen damit letztlich im Widerspruch zu der allenthalben - auch von Ihnen - geforderten Aufwertung des Bildungssektors.

Meine Damen und Herren, prekär ist aus Sicht der Freien Demokraten, dass die Einsparvorschläge der Landesregierung vielfach Maßnahmen mit präventivem Charakter betreffen. Wer heute dort Mittel kürzt, verursacht Ausgaben in der Zukunft, weil im Nachhinein sehr viel teurer repariert werden muss, statt Problemen zu begegnen, wenn sie noch klein sind.

(Beifall bei der FDP)

Das ist auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit völlig unvernünftig.

Zweifelsohne befindet sich das Land Nordrhein-Westfalen - daran sind Sie nicht ganz unbeteiligt - haushaltspolitisch in einem krisenhaften Zustand. Wir haben strukturelle Veränderungen vorgeschlagen, um in zwei Bereichen Schwerpunkte zu setzen: in der Politik für Bildung und in der Politik für die Chancen von Kindern, Jugendlichen und Familien insgesamt. Dass die Union als vorübergehend größere Oppositionspartei auf anderem Weg zu gleichen Ergebnissen gekommen ist, zeigt, dass hier eine andere Schwerpunktsetzung zumindest möglich gewesen wäre. Sie haben diese Schwerpunkte nicht gesetzt. Sie sind daran gescheitert, diese Schwerpunkte zu setzen, weil Sie kein Koordinatensystem haben, das Ihnen zeigt, was richtig und was falsch ist. Das will ich Ihnen an einem Beispiel deutlich machen:

Wir haben lange im Ausschuss darüber diskutiert, ob nun geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit weiter gefördert werden soll. Dann wurde mir zu meiner Überraschung berichtet,

dass in diesen Landeshaushalt noch Gelder für Waldpädagogik unter Genderaspekten eingestellt werden. Während an der einen Stelle bei Mädchen und Jungen gespart wird, geben Sie noch Geld aus für männliche und weibliche Bäume.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt: Sie wissen nicht, was wichtig und richtig ist, Sie haben kein Koordinatensystem mehr, und das macht den Unterschied zwischen Ihnen und uns aus.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf zwei Bereiche im Einzelnen eingehen, die nach meinem Dafürhalten zentral sind.

Erstens auf den Landesjugendplan. Bildungsprozesse - da besteht Einvernehmen zwischen allen Fraktionen in diesem Haus - vollziehen sich nicht nur in der Schule, sondern etwa auch in der Jugendverbandsarbeit, in Einrichtungen der offenen Arbeit. Da können Jugendliche aus sozialen Problemlagen stabilisiert werden. Im zentralen jugendpolitischen Förderinstrument, dem Landesjugendplan, beabsichtigt die Landesregierung nach dem vorgelegten Haushaltsplan nunmehr aber Einsparungen in Höhe von 29 Millionen € 2004 und 38 Millionen € 2005. Wir diskutieren darüber, die Fraktionen haben sich dazu gestellt.

Diese Pläne - das wissen Sie, sonst hätten Sie sich als Fachpolitiker nicht so schwer getan -, diese Einsparungen gefährden die erfolgreiche Arbeit und teilweise sogar die Existenz von Verbänden, Trägern und Einrichtungen. Sie brüskieren damit im ganzen Land zahllose Ehrenamtler.

(Beifall bei der FDP)

Die Strukturen, die gebraucht werden, um das ehrenamtliche Engagement zu koordinieren, zerschlagen Sie, und damit wird vielfach auch die Initiative von aktiven Menschen in diesem Land ver schüttet.

Wir halten die erhebliche Reduzierung der Haushaltsmittel vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Bedeutung des Landesjugendplans für falsch. Notwendig ist vielmehr ein langfristig berechenbarer Landesjugendplan, eine langfristig berechenbare Förderhöhe. Dabei kann selbstverständlich mittelfristig auch dieses Politikfeld von Beiträgen zur Konsolidierung des Landeshaushalts nicht ausgenommen werden. Das geht allein deshalb nicht, weil wir zurückgehende Kinderzahlen haben und weil sich die Haushaltskalamitäten des Landes mit Blick auf die anstehenden Pensions- und Zinszahlungen auf Sicht von einem Jahrzehnt noch weiter verstärken.

Wir haben deshalb konkret beantragt, die Förderhöhe des Landesjugendplans für die nächsten beiden Jahre wieder auf den Stand des Jahres 2003 zu bringen und zeitgleich Verhandlungen über Zielvereinbarungen mit den Zuwendungsempfängern zu führen, um zu ermöglichen, ab dem Jahre 2005 in jedem Jahr über fünf Jahre lang den Landesjugendplan um 5 % zu reduzieren. Das wollen wir im Gegensatz zu Ihnen nicht mehr so im Belieben lassen: Wir machen es, oder wir machen es nicht; komme ich heute nicht, komme ich morgen.

Wir haben gesagt, wir wollen das in einem dritten Ausführungsgesetz zum KJHG bzw. zum Sozialgesetzbuch VIII gesetzlich fixieren. Das war einmal in besseren Zeiten, 1995, Meinung des ganzen Hauses. Daran müssen wir wieder anknüpfen, und dann könnten die Zuwendungsempfänger auch wieder planen und sich auf ihre wichtige pädagogische Arbeit konzentrieren, statt nur Sie zu lobbyieren, damit die Einsparungen nicht ganz so drastisch sind und zumindest noch ein minimaler Teil von Arbeit übrig bleibt.

Der zweite Bereich, den ich streifen will, ist die Förderung der Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen. Sie beabsichtigen, da mir nichts dir nichts 125 Millionen € einzusparen. Dabei haben Sie vor wenigen Jahren bereits einen dreistelligen Millioneneurobetrag im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder eingespart. Da hieß es dann: Das soll langfristig so bleiben; da wollen wir Sicherheit gewährleisten. - Dann wird hier von Schulfähigkeitsprofil, Bildungsvereinbarung gesprochen. Die Liste ließe sich fortsetzen, die Liste dessen, was auf die Einrichtungen, die Träger an neuer zusätzlicher Arbeit, an Herausforderungen zukommt. Dann kürzen Sie so erheblich, immerhin 125 Millionen €.

Und nun wird hier von Herrn Flessenkemper gesagt: An pädagogischem Aufwand wird nicht gespart. Was ist das schon heruntergerechnet auf die Gruppe? - Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Flessenkemper: Ich habe im letzten Sommer ein Praktikum in einer Kindertageseinrichtung gemacht, ich habe da in Gummistiefeln mitgearbeitet und weiß, was es bedeutet, wenn dort Geld gekürzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Gehen Sie auch mal raus, arbeiten Sie da auch mal mit! - Bei Ihnen ist es scheinbar schon so lange her, dass Sie den Kontakt zur tatsächlichen Arbeit verloren haben, die draußen geleistet wird. Die Arbeit findet

nicht nur in Hintergrundgesprächen statt, sondern draußen im Land, und da ist dieser Betrag schon ganz erheblich. Da gibt es keine Feste mehr mit den Kindern, da gibt es keine Elternarbeit mehr wie bisher. Da wird rabiat gekürzt werden müssen.

Wir haben vorgeschlagen, meine Damen und Herren, auch wenn Sie ein bisschen kompensiert haben, die Kürzungen komplett zurückzunehmen, den Fördersatz des Jahres 2003 wiederherzustellen. Denn an der Basis des Bildungssystems werden die Grundlagen für das lebenslange Lernen gelegt. Wenn wir an dieser Stelle kürzen, haben wir Gefährdungen für den Erfolg ganzer Bildungsbiografien.

Ferner haben wir vorgeschlagen - das will ich hier auch noch kurz anmerken, weil es belegt, dass wir bereit sind, in diesem Feld erhebliche Schwerpunkte zu setzen -, die Familien in diesem Lande um insgesamt 100 Millionen € zu entlasten, indem wir den Elternbeitrag im Kindergarten im dritten Jahr des Kindergartenbesuchs entfallen lassen. Damit nehmen wir eine erhebliche Schwerpunktsetzung vor. Sie ist gegenfinanziert, und sie zeigt, dass wir es damit ernst meinen, das Bildungssystem vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich könnte jetzt am Ende noch Ihre Inkonsequenz an den Kürzungen bei den qualitativ hochwertigen Hortplätzen zugunsten der qualitativ labilen offenen Ganztagschule aufzeigen, an der Förderung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, der Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund und weiteren Bereichen. Ich möchte Ihnen das ersparen.

Per saldo: Sie gefährden über Jahrzehnte gewachsene ---

(Lachen von Edgar Moron [SPD])

- Da lacht der Herr Moron. Ihnen ist das gar nicht wichtig. Gehen Sie mal nach draußen zu den Demonstranten.

Sie gefährden Einrichtungen, die über Jahrzehnte gewachsen sind, statt notwendige Innovationen auf den Weg zu bringen. Sie lassen die Menschen mit Ihren Problemen allein. Sie bringen Verunsicherung und Irritation in dieses wichtige Politikfeld. Sie werden Ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht. Und dann lachen Sie noch darüber!

(Zuruf von Horst Vöge [SPD])

Ich muss Ihnen sagen: Die Wähler werden das bescheiden, Herr Vöge. Beim nächsten Mal wer-

den Sie keine Verantwortung mehr für den Haushalt tragen, und zwar zu Recht. Dann werden wir Ihnen zeigen, wie es besser geht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Haushalt Kinder, Jugend und Familie, einem Bereich, der zumindest emotional im Mittelpunkt unserer Gesellschaft steht und, weil das gleich für die Auseinandersetzung mit der CDU wichtig ist, einem Bereich, der akzeptiert wird und von dem viele sprechen! Aber diese Akzeptanz bedeutet nicht, dass wir als Kinder- und Jugendpolitiker/innen nicht dennoch dafür kämpfen müssen, dass genügend Mittel dort hineinfließen; denn, meine Damen und Herren von der CDU, wir werden auch zukünftig Geld in Gesellschaftsbereiche investieren müssen, selbst wenn sie akzeptiert sind.

Warum sage ich das in Richtung CDU? Weil sich die CDU geoutet hat und die Zuschüsse z. B. für die gleichgeschlechtlichen Lebensformen mit folgendem Argument auf null setzen will - ich zitiere aus den Haushaltsanträgen -:

"Die gleichgeschlechtliche Lebensweise ist weitestgehend akzeptiert. Eine öffentliche Förderung ist daher insbesondere in finanziell äußerst gespannter Haushaltslage nicht vertretbar."

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, diese Begründung ist furchtbar. Sie macht mir Angst, weil sie zeigt, wie wenig die CDU weiß, wie z. B. in manchen Schulen über Homosexualität hergezogen wird und welche Sprüche dort geklopft werden. Da ist die Aussage "Du bist schwul, eh!" noch harmlos.

In der Jugendszene hat sich ein bestimmter Slang etabliert, der dazu führt, dass sich gerade in den Klassen Kinder und Jugendliche nicht trauen, sich zu ihrer anderen Lebensform zu bekennen. Wenn Sie jetzt argumentieren: "Wir streichen das, weil diese Lebensform akzeptiert ist", dann demontieren Sie einen ganz wichtigen gewaltpräventiven Bereich in der Gesellschaft.

"Die gleichgeschlechtliche Lebensweise ist weitestgehend akzeptiert. Daher ist eine öffentliche Förderung nicht vertretbar." - Würden Sie auch so bei den Familien-, Ehe- und Lebensberatungsstel-

len argumentieren? Wie verhält sich da die Akzeptanz beim Landesjugendplan, bei den Kindertagesstätten? Genau an dieser Stelle hat sich die CDU nämlich ins eigene Fleisch geschnitten und gezeigt, wie doppelbödig die Argumentation ist. Ich kann nur den Kopf darüber schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Lindner [FDP]: Sind Sie Opposition oder Regierung?)

Meine Damen und Herren, wir Grünen sind froh, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen trotz aller Probleme noch einiges zugunsten von jungen Menschen und Familien in unserem Land bewegen konnten. Ich möchte es gleich vorweg sagen: Es konnten nicht alle auch berechtigten Wünsche erfüllt werden. Die deutlichen Erhöhungen, auf die sich Rot-Grün gegenüber dem Haushaltsentwurf verständigt hat, können vor allem die Betroffenen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es dennoch drastische Einschnitte geben wird, die vielen wehtun werden.

Es ist immer einfach für die Opposition zu sagen: Dieser Bereich ist so wichtig, da kürzen wir überhaupt nicht. - Das schafft zunächst Sympathie. Aber als Partei in Regierungsverantwortung können wir eben nicht aus dem Vollen schöpfen. Wir müssen gucken, wo die Einnahmen herkommen. Ich stehe hier als Mitglied einer Regierungsfraktion, die einen Gesamthaushalt mit all seinen komplexen, zum Teil schwierigen Facetten zu verantworten hat, einen Haushalt mit einer enormen Verschuldung, mit einer erdrückenden Zinslast und fast uferlos anwachsenden Pensionskosten.

Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht am Ende dieser Diskussion, wie ich befürchten muss. Trotz dieser schwierigen Haushaltslage ist es uns gelungen, wichtige und zukunftsweisende Akzente im Kinder-, Jugend- und Familienbereich zu setzen.

Ich fange an mit der Sprachförderung. Wir alle wissen um die Bedeutung der Beherrschung der deutschen Sprache, um in unserer Gesellschaft bestehen zu können. Vor allem gilt das für den Erfolg in der Schule. Viel zu lange wurden auch in unserem Land die Augen davor verschlossen, dass Kinder, die mit unzureichenden Deutschkenntnissen eingeschult werden, von vornherein schlechte Karten haben, in der Schullaufbahn zu bestehen. Wir haben erst 2000 mit der Einführung vorschulischer Sprachkurse begonnen, was den Haushalt betrifft, mit einer relativ geringen Summe. Wir haben jetzt daran gearbeitet, diese aufzustocken.

Diese wichtige Maßnahme machen wir nun weiter im Doppelhaushalt möglich, indem wir die Mittel

für die vorschulische Sprachförderung, die sich an alle Kinder richtet, die es benötigen, von 5 Millionen auf 7,5 Millionen € aufstocken.

Sehr wichtige Korrekturen konnten wir auch bei der Finanzierung der Fachberaterinnen in Tageseinrichtungen für Kinder vornehmen, die sich haushaltstechnisch in einem Titel mit der vorschulischen Sprachförderung verstecken. Die Sprachberatung ist elementar für die Sicherung und Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität in den Einrichtungen. Vor allem die neuen Herausforderungen an die Teams in den Kitas, die ihnen in dem Zusammenhang mit der Bildungsvereinbarung NRW neu zufallen, erfordern eine qualifizierte Beratung und damit auch eine ausreichende Anzahl an Personen, die diese Beratung leisten. Hier konnten wir 2004 über 80.000 € wieder einstellen und 2005, wo erhebliche Kürzungen vorgesehen waren, immerhin fast 140.000 €. Das sind relativ geringe Summen, aber sie haben eine immense Wirkung.

Die Kürzungen im Bereich der Sachkostenpauschale in den Kitas ist natürlich kein gutes Signal, vor allem was den Bildungsauftrag der Einrichtungen angeht, der - da sind sich inzwischen alle Fraktionen im Landtag einig -, gestärkt werden muss. Dennoch hat auch meine Fraktion Kürzungen im Bereich der Sachkostenpauschale einer eventuellen Kürzung beim Personal vorgezogen, die angesichts der sinkenden Kinderzahlen in den Einrichtungen alternativ hätte diskutiert werden können.

Meine Fraktion hat sich besonders dafür eingesetzt, Einrichtungen zu entlasten, die aufgrund der Eigentumsituation des Trägers nicht in der Lage sind, Kürzungen der Sachkostenpauschale durch die Mittel der Erhaltungspauschale abzufedern. Ich denke, diese Entlastungen für die Mieter von Einrichtungen sind mit den zusätzlichen 2 Millionen im Jahre 2004 und mit den 3 Millionen im Jahre 2005 auch in einem spürbaren Ausmaß gelungen.

Mit dem Landesjugendplan komme ich zu einem Teil meiner Ausführungen, der mich und meine Fraktion in den vergangenen Wochen in besonderem Ausmaß beschäftigt hat. Ohne Frage ist der Landesjugendplan auf Landesebene das Instrument der Jugendpolitik überhaupt und die wesentliche Finanzierungsquelle des Landes für Verbände, Initiativen, Einrichtungen und Projekte der Jugendarbeit.

Die im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Kürzungen von fast 30 Millionen € im Jahr 2004 und noch einmal fast 10 Millionen € im Jahr 2005 ha-

ben daher bei mir und meiner Fraktion die Alarmglocken schrillen lassen. Daher bin ich besonders froh, dass es uns gelungen ist, die Zuweisungen an die verschiedenen öffentlichen freien Träger und Initiativen 2004 um 12,5 Millionen € und 2005 um fast 17 Millionen € aufzustocken.

In seiner Struktur wird der Landesjugendplan entscheidend verändert. Ich erhoffe mir, dass dies auch einen positiven Nebeneffekt hat. Das soll natürlich im Einklang mit den neu zu fassenden Förderrichtlinien geschehen. Das werden wir noch zu diskutieren und darauf auszurichten haben, dass diese Mittel effektiv und unbürokratisch bewirtschaftet werden.

Für mich bleiben vier Elemente im Landesjugendplan weiterhin Orientierung: Emanzipation, Integration, Prävention und Partizipation.

Beim Landesjugendplan haben wir Grüne uns besonders für die geschlechtsspezifische Arbeit stark gemacht, die im Haushaltsentwurf nicht weiter vorgesehen war. Hier konnten für beide Jahre jeweils 1 Million € eingestellt werden. Mit diesem Geld können wir die geschlechtsspezifische Arbeit und die in diesem Bereich tätigen Organisationen weiterhin unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde das sehr wichtig, weil ich glaube, dass die geschlechtsspezifische Arbeit eine Grundvoraussetzung ist, um Kindern und Jugendlichen Orientierung zu geben und sie auf viele Probleme in dieser Welt hinweisen bzw. ihnen die richtigen Instrumente zur Bewältigung von Problemen an die Hand geben zu können.

1,5 Millionen € wurden in beiden Jahren für die Unterstützung und Hilfe für junge Menschen zum Abbau sozialer Benachteiligungen eingestellt, hier insbesondere für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Auch darin sehe ich eine besonders wichtige Aufgabe, die wir, SPD und Grüne, teilen. Dabei geht es um die Einschätzung, dass für diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen wirklich etwas elementar Wichtiges getan werden muss. Ich denke, das haben wir im Landeshaushalt verankert.

Im Haushaltsentwurf waren die offenen Türen besonders gebeutelt. Für diesen Bereich stellen wir die größte Summe zur Aufstockung zur Verfügung. Mit dieser Erhöhung verknüpft Rot-Grün aber auch neue Anforderungen an die Arbeit der offenen Türen, die uns angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren vordringlich erscheinen. Das sind die Koope-

ration mit den Schulen und die Ganztagsbetreuung.

Ich weiß, dass einige offene Türen bereits jetzt intensive Stadtteilarbeit betreiben und viele Projekte gemeinsam mit Schulen anbieten. Wir wollen diese Tendenz stärken, weil wir glauben, dass hier eine besondere Aufgabe entsteht. Ich denke, dass wir deswegen auch darauf hinarbeiten müssen, mit der Jugendhilfe und den Schulen gemeinsam zu entdecken, welche Möglichkeiten und welche Chancen in dieser Zusammenarbeit stecken. Beide Bereiche sollten in Augenhöhe miteinander arbeiten. In diesem Zusammenhang wehre ich mich dagegen, wenn vonseiten der FDP, beispielsweise von Herrn Witzel, gesagt wird, Jugendhilfe sei ein Ersatzaufpasser. So argumentiert die FDP, und sie akzeptiert nicht die Bedeutung der Jugendhilfe.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Abschließend möchte ich noch auf die Familienpolitik eingehen. Erfreulicherweise stützte schon der Haushaltsentwurf das Konzept der Familienselbsthilfe, die für uns wichtige Entwicklungschancen bietet. Großen Korrekturbedarf haben sowohl Rot als auch Grün bei den Beratungsstellen gesehen. Ich denke, dass es uns gelungen ist, eine erhebliche Aufstockung durchzusetzen, die dazu führt, dass wir hier eine qualifizierte Arbeit im Rahmen gesicherter Strukturen ermöglichen. Aber auch hier wird es darauf ankommen, dass die Förderrichtlinien die Arbeit entbürokratisieren und flexibel auf die neuen Anforderungen orientieren.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ute Koczy (GRÜNE): Ja, jetzt gerade. - Wir Grünen haben nach der Haushaltsberatung in Anlehnung an die Förderung der Wohlfahrtsverbände gesagt: NRW bleibt sozial. - Ich denke, dass wir bei der Prioritätensetzung, die wir im Bereich Kinder, Jugend und Familie vorgenommen haben, sagen können: Wir bleiben sozial und stehen zur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Da-

men und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen zu diesem Bereich eines noch einmal ganz deutlich feststellen: Die Landesregierung hat sich in der Kinder- und Jugendpolitik trotz einer außergewöhnlich schwierigen finanziellen Situation angestrengt, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der zum einen dem Machbaren, vor allem aber dem Verantwortbaren entspricht, der aber zum anderen vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Praxis und der sehr unterschiedlichen Bedingungen der Finanzierung die Akzente so setzt, dass wir an den Kernaufgaben der Kinder- und Jugendarbeit festhalten können. Dabei war und ist es für uns ein wichtiges Anliegen, die engagierte und fachlich kompetente Arbeit der haupt- und ehrenamtlich Mitwirkenden zu sichern. Die Haushaltslage verlangt allerdings Schwerpunkte, die den aktuellen Anforderungen entsprechen.

Ich kann nachvollziehen, dass die Träger, die Mitarbeiter und die Einrichtungen viele der vorgesehenen Kürzungen nicht akzeptieren und in zahlreichen Schreiben und Resolutionen auch darauf aufmerksam machen. Ich bin den Trägern aber außerordentlich dankbar, dass sie dennoch die schwierige Ausgangslage erkennen und auch bereit sind, an Einsparungen mitzuwirken.

Ich verkenne nicht, dass einige Träger besonders betroffen sind, weil sich bei ihnen durch den Wegfall eigener Einnahmen und durch Kürzungen auch in den kommunalen Haushalten die Schwierigkeiten häufen. Das betrifft sicher am stärksten die Kirchen und deren Trägereinrichtungen. Deshalb bin ich ebenfalls sehr dankbar dafür, dass die Koalitionsfraktionen mit ihren Änderungsanträgen angedachte Kürzungen in einigen Bereichen wieder zurücknehmen wollen. Wir werden zudem durch eine Flexibilisierung der Richtlinien den Handlungsspielraum der Träger erweitern und weiterhin unnötige Bürokratie abbauen.

Lassen Sie mich aber auch feststellen: Wenn gleich die Kürzungen schmerzlich sind, so ist der Landesjugendplan dennoch weitaus besser als in den meisten anderen Bundesländern ausgestattet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das bleibt ein Fakt. Ich weise deshalb ausdrücklich auch in Ihre Richtung, Herr Kollege Mahlberg, Einlassungen zurück, die Jugendhilfe werde damit schleichend zum Instrument der Schulpolitik degradiert und als Lückenbüsser instrumentalisiert. Dies ist nicht der Fall. Es geht uns vielmehr darum - hier folge ich der Auffassung der meisten Fachleute -, die Handlungsoptionen der Kinder- und

Jugendhilfe, insbesondere in der Elementarbildung sowie der Kinder- und Jugendarbeit, zu erweitern.

Wenn die Landesregierung von einer Priorität für Bildung spricht, dann meint sie damit eben nicht nur die Schule, sondern sie meint damit durchaus auch, dass sich die Träger der Jugendarbeit verstärkt dort einbringen sollten, wo Kinder und Jugendliche heute am stärksten gefordert werden, nämlich im Bereich und im Umfeld von Schule. Beide Bereiche, Schule und Jugendhilfe, haben es mit denselben Kindern zu tun und sollten deshalb versuchen, dort, wo es notwendig und erforderlich ist, die Bande enger zu verknüpfen.

Herr Mahlberg, ich empfehle Ihnen dringend, nicht mir zu sagen, wie wichtig der Stellenwert der Jugendarbeit ist, sondern Ihrem Kollegen Recker, der ja dezidiert sagt, dort, wo wir die Bereiche zusammenführten, funktioniere es nicht gut. Erklären Sie es erst einmal Ihrem Kollegen Recker, und klären Sie das erst einmal in der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Ziele in der Kinder- und Jugendpolitik sind klar. Ich wiederhole deshalb - ich habe es bereits vorhin gesagt -: Die Bildungsvereinbarungen im Kindergartenbereich haben wir gemeinsam mit den Trägern entwickelt. Wir ergänzen dies durch einen Ausbau in der Sprachförderung, durch einen flexiblen Übergang von Kindergarten in die Grundschule und durch die offene Ganztagsgrundschule.

Wir wollen Kindern in Nordrhein-Westfalen eine eigene Stimme geben, ihre Teilhabemöglichkeiten deutlich erhöhen, und dies werden wir durch einen Pakt für Kinder leisten.

Wir werden mit dem neuen Landesjugendplan auch Akzente in der Partizipation von Kindern setzen. Hierzu gehört natürlich auch die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Diese Schwerpunkte sind in unserem Landesjugendplan verankert.

Wir wollen und werden Kinder und Jugendliche vor Gefährdungen schützen und ihnen durch präventive Projekte helfen, in Risikosituationen besser zurechtzukommen.

Wir wollen den Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit stärken. Dabei setzen wir auf den Ausbau und die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule.

Wir wollen auch weiterhin Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien durch Orientierungs- und Integrationshilfen unterstützen.

Der Landsjugendplan ist und bleibt ein verlässliches Förderinstrument. Ich sage ganz deutlich: Ich wundere mich über die FDP, die schon jetzt sagt, dass sie die Mittel dafür ab 2006 schrittweise jährlich um 5 % senken will. Ich wundere mich sehr, dass Sie das hier verkünden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie setzen sich für dieses Instrument ein und sagen: Wenn Sie uns wählen, dann kürzen wir die Mittel dafür ab 2006 in jedem Jahr um 5 %.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist unsere Seriosität!)

Das finde ich ausgesprochen ungewöhnlich. Wir sagen: Wir haben eine schwierige Haushaltslage und müssen gegenwärtig Einschnitte hinnehmen, aber sobald es uns möglich ist, werden wir diesen Bereich wieder ausweiten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass wir bei den Kindertageseinrichtungen einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Hier wollen wir aber ausdrücklich nicht am Personal sparen. Der vorliegende Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes berücksichtigt diese Priorität.

In den beiden kommenden Jahren werden wir den Landesanteil der Sachkostenpauschale kürzen; die Zahlen sind genannt worden. Durch das flexible Umgehen damit ermöglichen wir es jedoch den Trägern, abweichend von den bisher geltenden Regelungen die Zuschüsse zu den Sachkostenpauschalen unabhängig von ihrer Qualifikation als Grund- oder Erhaltungspauschale und vorhandene Rücklagen zur Deckung sämtlicher Sachkosten einzusetzen. Wir führen intensive Gespräche mit den Trägern und spüren auch die Bereitschaft, diese Dinge in dieser zugegebenermaßen schwierigen Situation gemeinsam zu entwickeln. Diese Regelung berücksichtigt im Übrigen auch die besondere Situation von Einrichtungen, die ihre Räumlichkeiten gemietet haben. Auch das sei noch einmal akzentuiert.

Ich will abschließend feststellen: Die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe bleibt auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe. Die Landesregierung wird dafür eintreten. Wenn Sie uns bescheinigen, wir hätten einen melancholischen Abschiedsbrief geschrieben, dann kann ich Ihnen sagen - das sollten Sie mir abnehmen -: Melancholie ist mir fremd. Vielleicht ist sie ja in der FDP gang und gäbe. - Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. - Für die restlichen drei Minuten Redezeit der Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Fischer das Wort.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass die Koalitionsfraktionen dem Thema Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eine so außerordentlich große Bedeutung beimessen. Auch die Oppositionsfraktionen betonen, dass dieses Themenfeld außerordentlich wichtig sei. Aber ich sage deutlich: Große Worte alleine reichen nicht. Ich kenne von den Oppositionsfraktionen keine Vorschläge und Anträge, wie die Weiterentwicklung in diesen Politikfeldern bei der gegenwärtigen Haushaltssituation möglich sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die große Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt in einer Familie. Für sie ist die Familie ein wesentlicher Bestandteil ihres Lebens. Das gilt insbesondere für die junge Generation. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Männern und Frauen ermöglichen, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen und ihre Chancen, Teilhabe und Potenziale als Familie zu stärken.

Vor diesem Hintergrund wundere ich mich umso mehr, dass die CDU-Fraktion von einer "bewussten Bevölkerungspolitik" spricht, wenn sie über das Thema Kinder- und Familienpolitik redet. Ich sage deutlich: Ich will weder Eltern noch ihre Kinder als Instrumente einer bewussten Familienpolitik nutzen. Sie tun dies, meine Damen und Herren von der CDU.

Ich meine es ernst, wenn ich sage: Staat und Politik haben Menschen in ihren persönlichen Lebensentwürfen und in ihrer gesellschaftlichen Orientierung zu akzeptieren und Diskriminierungen entgegenzutreten. Auch hier gibt es eine deutliche Differenz zwischen der Auffassung der Oppositionsfraktionen und der Koalitionsfraktionen; denn die CDU-Fraktion sagt: Die Mittel, die im Haushalt für gleichgeschlechtliche Lebensformen, für Probleme, für Beratung veranschlagt werden, können gestrichen werden. Aus Sicht der CDU hat sich dies erledigt. Das ist eine Politik, bei der ich deutlich erkennen kann, dass es keine Akzeptanz für die einzelnen Lebensformen der Menschen gibt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sehr geehrte Damen und Herren, die anhaltenden gesellschaftlichen Umbrüche verändern auch die Lebenswirklichkeit von Familien. Gerade darum sind Bildung, Beratung und Hilfe für Familien außerordentlich wichtig und müssen einen hohen Stellenwert erhalten. Der Haushalt 2004 und 2005 stellt hierfür einen weitgehend unveränderten Rahmen zur Verfügung. Die Anträge der Koalitionsfraktionen haben insbesondere bei der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung sowie bei der ergänzenden Förderung der Familienbildung entschlossene Akzente gesetzt. Diese Ausgangslage erleichtert die strukturelle Reformaufgabe, vor der wir auch in diesen Bereichen stehen, sehr deutlich.

Auch und gerade in der Familienpolitik kommt es darauf an, dass wir bei der örtlichen Infrastruktur konsequent auf effektive und integrierte Angebote hinwirken. Wir müssen früh erkennen, wenn Familien von ihren Lebensumständen überfordert werden, und dürfen ihnen nicht erst dann helfen, wenn sie bereits überfordert sind. Wir müssen integrierte Hilfen schaffen, also Hilfen aus einer Hand, damit Eltern und ihre Kinder nicht von einer Stelle zur anderen wandern müssen, dies auch, weil erst im Zusammenspiel der verschiedenen Angebote wirklich ganzheitliche und problemgerechte Lösungen entstehen können.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Ich komme zum Schluss. - Geld ist wichtig, meine Damen und Herren. Wir dürfen aber nicht zuvorderst darüber reden, wie viel Geld wir ausgeben. Vielmehr müssen wir darüber sprechen, was wir erreichen wollen, also über den Output. Daher streben wir mehr Flexibilität in der Förderung, eine eindeutige sozialräumliche Akzentuierung und integrierte Problemlösungen an.

Dabei sind die Anträge der Koalitionsfraktionen außerordentlich hilfreich. Allein ein Überrollen, wie Sie es sich vorstellen, meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, reicht bei dieser Reformaufgabe weiß Gott nicht aus. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Liebe Kolleginnen und

Kollegen, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit kommen wir zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 05** - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder.

Zunächst stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4911** - Stichwort: Kinder- und Jugendhilfe; es ist die laufende Nr. 1 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der FDP? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU und des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Ich lasse nun abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4920** - Stichwort: Landesjugendplan; das ist die laufende Nr. 2 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP und des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4921** - Stichwort: Sachkostenpauschale; das ist die laufende Nr. 3 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion und des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4912 - 2. Neudruck** - Stichwort: Ersatzschulen; es ist die laufende Nr. 4 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und CDU bei Enthaltung des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Wir kommen damit zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 05** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4805. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4805 mit den

Arbeitszeiten und ähnlichem mehr die Vorkehrungen zu treffen, dass Menschen ganz normal bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können. Wir werden neue Sozialpläne brauchen, die eine vollkommen andere Ausrichtung haben. Außerdem müssen wir uns ganz offensiv und über alle Parteigrenzen hinweg in der Öffentlichkeit ganz vehement aufstellen, wenn Diskussionen geführt werden, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter abnehmende Kompetenz oder Arbeitsfähigkeit unterstellt werden. Wir müssen eine Lanze für die Älteren brechen.

(Beifall von Horst Vöge [SPD])

Darüber hinaus halte ich es für extrem wichtig, dass in einem Land, in dem Pragmatismus gern gesehen wird, lebensbegleitendes Lernen in der Arbeitswelt zu einem Thema zu machen, unter dem sich jeder etwas vorstellen kann, indem es entsprechende praktische Beispiele gibt, Kooperationen mit Unternehmen, Tarifparteien und Fachleuten der jeweiligen Richtung. Ich halte diese Arbeit für außerordentlich wichtig, um die entsprechenden Übergänge hinzubekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre durch entsprechende EU-Mittel unterstützt mit dem Augenmerk auf Ausbildung und darauf, dass die Menschen auf eigenen Beinen stehen und Geld verdienen wollen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können, gegen Widerstände antreten muss, die mit der demographischen Entwicklung in der Gesellschaft, mit dem Älterwerden und mit Ausgrenzungen zu tun haben. Eine solche Arbeitsmarktpolitik muss sich im Strukturwandel bewähren. Vor uns liegen viele Aufgaben. Packen wir deren Lösung an.

(Beifall bei der SPD und von Ewald Groth [GRÜNE])

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Die Abstimmung über den Einzelplan 15 haben wir wegen der abstimmungsfreien Zeit verschoben. Vorgesehen ist, diese Abstimmung nach der Erledigung des Bereichs 7 - Wissenschaft und Forschung - nachzuholen. Damit ist dieser Bereich durchdiskutiert.

Ich rufe **Bereich 5** auf:

Gesundheit und Soziales

Angesprochen ist der Einzelplan 11 des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4923.

Zum Bereich 5 erteile ich dem Kollegen Henke von der CDU-Fraktion das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 11, über den wir jetzt sprechen, repräsentiert die Zuständigkeit des Landes für die Gesundheitsberufe und die Krankenhäuser, für die Gesundheitspolitik des Landes insgesamt und die Zuständigkeit für alle Präventionsanstrengungen. Der Einzelplan 11 repräsentiert die Sicherung und Behandlung psychisch kranker Straftäter im Maßregelvollzug bei eingeschränkter oder fehlender Schuldfähigkeit. Er repräsentiert darüber hinaus die Pflegepolitik des Landes, den Bereich der Hilfen für behinderte Menschen und für deren gesellschaftliche Integration. Er enthält den Landesaltenplan und spiegelt natürlich auch die Verantwortung des Landes - konkret: der Landesregierung, weil sie dort mitwirkt - für die Gestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Pflegeversicherung über die Mitwirkung im Bundesrat.

Nun wissen wir, dass jeder Euro, den man ausgeben will, vorher erst einmal verdient worden sein muss. Nimmt man eine Gesamtbewertung der Haushaltssituation in diesem Bereich des Einzelplans 11 vor, muss man feststellen:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, weil Sie das Land heruntergewirtschaftet haben, weil Sie das wirtschaftliche Wachstum nicht in Gang bekommen, weil Sie steigende statt sinkende Arbeitslosigkeit zu verantworten haben und weil der Wohlstand in Nordrhein-Westfalen immer weniger Menschen erreicht und insgesamt auf der Kippe steht, schmilzt auch Ihre finanzielle Handlungsfähigkeit immer mehr. Man kann das als ein Kontinuum darstellen; denn wenn man sich einmal anschaut, wie sich im Einzelplan 11 die nicht gesetzlich gebundenen Ausgaben entwickelt haben, also die Ausgaben, die man ohne Eingriff in Gesetze in den Haushaltsberatungen variieren kann, erkennen wir, dass wir im Jahr 2002 noch 244 Millionen € zur Verfügung hatten, während es im Jahr 2003 nur noch 215,79 Millionen € waren. Nach den bisherigen Plänen werden für 2004 noch 192,33 Millionen € und im Jahr 2005 170,55 Millionen € bereitstehen. Das ist die Beschreibung einer Entwicklung, die darauf hinaus-

läuft, dass die soziale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen immer schlechter zu halten ist und die Hilfen, die das Land in diesem Bereich leistet, dramatisch schmelzen.

Gehen wir das im Einzelnen durch, kann man natürlich auch an den Haushaltsentwürfen unter Einschluss der zweiten Ergänzungsvorlage und der Koalitionsbeschlüsse, wie sie gegen unseren Willen im Haushalts- und Finanzausschuss durchgesetzt worden sind, sagen, dass Sie bei den Personalförderungen im Jahr 2004 auf 80 % und im Jahr 2005 auf 60 % kürzen, z. B. bei der gesellschaftlichen Integration von behinderten Menschen bis 2005 32 % weniger Mittel ausgeben wollen, bei der Förderung behinderter und pflegebedürftiger Menschen - wenn es um neue Wohnformen geht - die Zuschüsse an freie und private Träger für laufende Zwecke um 28,2 % kürzen wollen, dass Sie beim Landesaltenplan und dort unter dem Stichwort des bürgerschaftlichen Engagements um 34,6 % kürzen und bei den komplementären ambulanten Diensten um 50 %. Bei der Gesundheitshilfe kürzen Sie um 24,5 %. Für die Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste, die besonders wichtig sind, um Pflegebedürftige im ambulanten Bereich zu halten, damit möglichst wenige von ihnen in Heime gehen, wollen Sie überhaupt keine Landesmittel mehr bereitstellen.

Das ist ein haushaltspolitisches Desaster für die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dies ist Ausdruck Ihrer selbst verschuldeten, durch Ihre schlechte Wirtschaftspolitik und schlechte Steuerpolitik bedingten Folgen, die wir auszubaden haben aufgrund einer langen Geschichte einer nordrhein-westfälischen Wirtschaftsentwicklung, die immer der Wirtschaftsentwicklung im Bund hinterhergehinkt ist.

(Beifall von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Das ist nicht nur die Hypothek des letzten Jahres, sondern das ist eine Hypothek von vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten.

Meine Damen und Herren, die Folgen, die sich deshalb in der Sozialpolitik abzeichnen, sind in Summe so zu beschreiben: Es gibt keine Sicherheit für Menschen, die krank werden oder Pflege brauchen, es gibt keine Erleichterung für die Arbeit im Gesundheitswesen, obwohl sich dort in verschiedenen Berufen die Beschäftigten und die Selbstständigen aus dem Berufsfeld verabschieden, es gibt keine Nachhaltigkeit in der Förderung von Prävention und Gesundheitsförderung und es gibt keine Ehrlichkeit in der Behindertenpolitik.

Vielleicht darf ich an diesem letzten Punkt einmal ansetzen, weil er auch vorhin schon eine Rolle gespielt hat. 2003 war das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung. Der nordrhein-westfälische Beitrag bestand in der Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes, das in Summe so vage ist, dass es - so ist zu befürchten - den Menschen mit Behinderung kaum helfen wird.

Aber was Sie konkret tun, wenn es um die Frage geht, wo ist ein konkreter, auch im Haushalt niedergeschlagener Einsatz, dann kürzen Sie die Mittel für die gesellschaftliche Integration. Trotz dieser gekürzten Mittel sollen mehr Aufgaben erfüllt werden, indem eben 50.000 € an den Landesbehindertenrat und 200.000 € für den Gleichstellungsbeauftragten ausgegeben werden. Es gibt also weniger und nicht mehr Mittel für Modellprojekte, es gibt weniger und nicht mehr Mittel für den Behindertensport. Für die Frühförderung von Kindern mit Behinderung gab es mit 153.000 € schon immer wenig genug. Jetzt sollen diese Mittel im Jahr 2005 komplett wegfallen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein!)

Auch die Förderung für die Werkstätten für Behinderte - mein Kollege Arentz ist darauf schon eingegangen - wird von 6 auf 5 Millionen € gekürzt. Der Gipfel der Verlogenheit allerdings ist die Behandlung der Stiftung Wohlfahrtspflege. Die CDU hatte vorgeschlagen, die Stiftung finanziell besser auszustatten, die Förderung von Behinderten und alten Menschen auf eine sichere kalkulierbare Basis zu stellen, aber den Gesetzentwurf haben Sie abgelehnt. Jetzt wollen Sie selbst der Stiftung neue Aufgaben übertragen. Es sollen zukünftig auch Projekte zugunsten sozial benachteiligter Kinder gefördert werden.

(Beifall von Horst Vöge [SPD])

Dagegen ist von der Idee her nichts einzuwenden.

(Horst Vöge [SPD]: Eben!)

Aber gleichzeitig kürzen Sie im Landeshaushalt die Mittel für die Stiftung. Das ist verlogen und unehrlich und im Ergebnis unsozial und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe von der Situation pflegebedürftiger Menschen gesprochen. Was Sie dort machen, das treibt einem wirklich die Tränen in die Augen. Sie organisieren das Abschieben der pflegebedürftigen Menschen in die Sozialhilfe. Das haben Sie getan mit dem Anrechnen des Vermögens von Pflegebedürftigen im Landespflegegesetz, was

das Pflegewohngeld angeht. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass Sie in der Tat für einen pflegebedürftigen Menschen im Heim eine Kostenbelastung von bis zu 250 € im Monat zusätzlich provoziert haben.

Jetzt gehen Sie hin und bereiten auf der Bundesebene - deswegen habe ich auch die Bundesverantwortung angesprochen - bei der Gestaltung der Reform der Pflegeversicherung vor, dass Sie in der Pflegestufe I die Leistungen auf 500 € und in der Pflegestufe II auf 1.000 € senken wollen. Das heißt in der Kombination der Lasten, dass bei Rot-Grün ein Heimbewohner in der Pflegestufe II in Zukunft, kombiniert Landespflegegesetz und die Pläne der Bundesregierung für das Pflegeversicherungsgesetz, 529 € mehr und in der Pflegestufe I 773 € mehr im Monat bezahlen muss, wenn er neu ins Pflegeheim kommt.

Die Leute sind aber doch nicht aus Jux und Tollei im Heim, sondern weil sie zu Hause niemand mehr pflegen kann. Der Pflegeversicherung wird die innere Legitimation entzogen, wenn der Beitragszahler im Fall seiner Pflegebedürftigkeit am Ende doch mittellos und verarmt in der Sozialhilfe landet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Stattdessen brauchen wir eine Ergänzung der Pflegeversicherung durch Kapital gedeckte Vorsorge, aber die SPD ist ja nicht einmal bereit, über das Wie dieser Frage zu diskutieren. Wenn Sie jetzt sagen könnten, sie leisteten alles dafür, damit die Leute ambulant versorgt werden könnten, dann wäre das schön. Nur im Haushalt haben Sie jetzt sogar die letzten Mittel zur Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste gestrichen, die letzten 325.000 € sind weggenommen.

(Zuruf von Horst Vöge [SPD])

Meine Damen und Herren, ich möchte als Beispiele, als Schlaglichter für die fehlende präventive Entschlossenheit nennen, dass Sie bei dem Thema epidemiologisches flächendeckendes Krebsregister trotz unseres Antrages, trotz der guten Erfahrungen, die wir in Skandinavien gesammelt haben, als wir uns das auf einer Ausschussdelegationsreise angesehen haben, dort nicht vorankommen. Ich will die Kürzung der Mittel zur Bekämpfung der Suchtgefahren kritisieren.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Auch die Kürzung der Mittel für die Gesundheitshöfe werden letztlich wieder die Prävention und die Gesundheitsförderung treffen.

Schließlich mein Hinweis darauf, Frau Ministerin, dass wir natürlich auch darauf warten, wo bei Pflegekräften, bei Ärzten und bei anderen Berufen im Gesundheitswesen das ankommt, was Sie auf der jüngsten Landesgesundheitskonferenz in Aussicht gestellt haben. In diesem Haushalt und in Ihrer gesamten Politik ist jedenfalls eine nachhaltige Hilfe für diejenigen, die sich in der Pflege überlegen, ob sie aus dem Beruf aussteigen, für diejenigen, die man durch attraktive Gestaltung der Rahmenbedingungen für diesen Beruf gewinnen muss, und für diejenigen, die sich aus den Krankenhäusern, auch wegen ihrer wirtschaftlichen Situation, teilweise mit Zukunftsgrauen abwenden, nicht zu finden. Das vermischen wir.

Wir werden, wenn dieser Haushalt so bleibt, ihm nicht zustimmen können. Ich bitte Sie herzlich darum, dass Sie uns folgen, damit dieser Haushalt dann doch noch in eine bessere Form kommt. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Henke. - Das Wort hat der Abgeordnete Scheffler, SPD-Fraktion.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in der schwierigen Haushaltssituation für den Doppelhaushalt 2004/2005 haben die SPD-Landtagsfraktion und die Koalition auch in der Sozial- und Gesundheitspolitik Gestaltungskraft und Gestaltungswillen bewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können mit Fug und Recht sagen: NRW war, NRW ist und NRW bleibt sozial.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen auch in schwierigen Zeiten politische Akzente.

Zu dem Zerrbild, das Herr Kollege Henke eben geschildert hat, kann ich nur sagen: Wer hat denn noch die Pressemeldungen und die Fernsehberichte vom CDU-Parteitag im vorigen Jahr in Erinnerung? - 24 Milliarden € weitere Steuersenkungen sind versprochen worden. Inzwischen wird zurückgerudert. Welche Auswirkungen hätte das denn auf die öffentlichen Kassen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Das nenne ich unredlich. Das nenne ich unehrlich.

Wir haben hier etwas zur Pflegepolitik gehört. Ja, dann fällt uns doch auch etwas zur Gesundheitspolitik ein. Wer hat denn die Kopfpauschale beschlossen? Die 200 € pro Erwachsenen? Die Sekretärin zahlt so viel wie der Vorstandsvorsitzende. Wenn das gerecht, wenn das sozial ist, meine Damen und Herren, dann muss ich noch dazulernen. Aber ich glaube es nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Rudolf Henke [CDU]: Das ist mangelhafte Wahrnehmung der Wirklichkeit!)

Es ist schon außerordentlich erstaunlich, dass die CDU-Opposition hier im Landtag, die immer wieder erfolglos versucht, sich als soziales Gewissen darzustellen,

(Horst Vöge [SPD]: Soziale Gewissenlosigkeit!)

nicht in der Lage war, Haushaltsanträge für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales vorzulegen. Damit hat sie letztendlich erneut ihre Sprachlosigkeit in der Sozial- und Gesundheitspolitik unter Beweis gestellt.

Auch die Anträge, die dann im HFA vorgelegt worden sind, waren keine zukunftsweisenden Anträge, sondern vielmehr Anträge, die, wenn sie beschlossen worden wären, dafür gesorgt hätten, dass die innovativen Maßnahmen des Landes außer Kraft gesetzt worden wären. Das kann ich nur als bedauerlich bezeichnen.

Meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung des Landespflegegesetzes hat die Koalition im vergangenen Jahr einen maßgeblichen Beitrag zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen geleistet. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung tragen wir mit dem Doppelhaushalt entscheidend dazu bei, dass die Altenpflegeausbildung in NRW auch künftig sichergestellt bleibt. In beiden Haushaltsjahren werden jeweils 600, also insgesamt 1.200 zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert. Standen im Jahr 2000 noch 2.353 landesgeförderte Ausbildungsplätze zur Verfügung, ist dieses Angebot bereits jetzt auf rund 2.580 Plätze angestiegen. Insgesamt stehen im Doppelhaushalt 4,6 Millionen € mehr zur Verfügung als im Jahr 2003. Meine Damen und Herren, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben eben vom Kollegen Henke etwas zur Stiftung Wohlfahrtspflege gehört. Ich will hier der Klarheit wegen nur anfügen: Die Stiftung Wohlfahrtspflege hat zurzeit eine Rücklage von etwa 9 Millionen €. Wenn alle vertraglichen Verpflichtungen

und Zusagen, die zurzeit bestehen, eingehalten werden, gibt es immer noch Rücklagen in Höhe von 3,3 Millionen €. Da halte ich es für vertretbar, verantwortbar und innovativ, der Stiftung auch neue Aufgaben zuzuweisen.

(Rudolf Henke [CDU]: Aber zusätzliche Mittel fehlen doch! Zusätzliches Geld muss da hin!)

Meine Damen und Herren, in der Seniorenpolitik wollen wir zentrale Ansätze auch in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 weiterverfolgen. Die von uns beantragten Erhöhungen von 800.000 € im Jahr 2004 und 1 Million € im Jahr 2005 sollen zur Finanzierung der Landesseniorenvertretung, für das erfolgreiche Projekt ZWAR und auch für das Projekt Seniorenwirtschaft dienen. Die Landesinitiative Seniorenwirtschaft will die Potenziale nutzen, die zu einer Verbesserung der Lebensqualität und zu verbesserten Lebensbedingungen älterer Menschen führen und darüber hinaus auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Viele Kolleginnen und Kollegen und auch Ministerpräsident Steinbrück haben sich vor einigen Tagen die Dauerausstellung des Deutschen Zentrums für Gerontotechnik in Iserlohn angesehen. Alle konnten sich davon überzeugen, welche reichhaltige Produktpalette derzeit schon angeboten und fortentwickelt wird. Hier hat NRW ganz deutlich die Nase vorn.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass auch zukünftig die Wohnberatung mit finanzieller Unterstützung rechnen kann. Es sind allein 1,8 Millionen € im Jahr 2004.

Die vorgesehenen Mittelkürzungen bei den Hilfen für Wohnungslose werden von der Koalition weitgehend zurückgenommen. Das Landesprogramm „Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern“ ist eines der erfolgreichsten Landesprogramme. Die Obdachlosenzahlen sind seit 1996 um rund 59 % zurückgegangen. Die Landesförderung hat hier bisher 85 Projekte unterstützt und zu einer Initialzündung bei der innovativen Weiterentwicklung der Hilfen für Wohnungslose bei Kommunen und Trägern geführt.

Deutlich zurückgenommen haben die Koalitionsfraktionen die zunächst vorgesehenen Kürzungen bei Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen. Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von jeweils 1 Million € wird die Finanzierung der beiden Regionalbüros im Förderbereich "Neue Wohnformen im Alter" gesichert und die Förderung und Unterstützung z. B. von neuen Wohn- und Pflegeformen, wie Wohngemeinschaften von älteren und pflegebedürftigen Menschen, Haus-

gemeinschaften sowie die diversen Formen generationsübergreifenden Wohnens, möglich.

Mit dem Haushaltsantrag zu Kapitel 11 041 - Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen - wollen wir die Haushaltsansätze für die Blindenhörbücherei in Münster und die Eingliederung hörgeschädigter Menschen auf dem gleichen Niveau halten, wie das im Jahr 2003 der Fall war.

Für den Landesbehindertenrat sollen 50.000 € und für den Behindertensport 500.000 € bereitgestellt werden.

Im Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen haben wir beschlossen, dass zukünftig ein Landesgleichstellungsbeauftragter oder eine -beauftragte tätig werden soll. Auch hierfür wollen wir die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Zur Behindertenpolitik füge ich an: Wir haben in der Tat noch in guter Erinnerung, welchen katastrophalen Antrag die CDU hier im Dezember gestellt hat.

(Beifall von Horst Vöge [SPD])

Weder das Verbandsklagerecht sollte hier bewilligt worden noch die Wahlschablonen für Behinderte bei den Kommunalwahlen, worauf Frau Kollegin Steffens eben zu Recht hingewiesen hat. Die Verbände haben diesen Antrag als Katastrophe bezeichnet. Eine andere Wertung hat er auch nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

In der Gesundheitspolitik stehen für die Bekämpfung der Suchtgefahren in 2004 und 2005 jeweils 12,5 Millionen € zur Verfügung. Die Grundförderung der örtlichen Drogenberatungsstellen bleibt unverändert. Wir möchten als Koalition, dass die Zusammenarbeit mit den Justizvollzugsanstalten auch weiterhin gewährleistet ist, und wollen die Haushaltsansätze für die so genannten JVA-Kräfte ebenso wie für die niedrigschwelligen Angebote, die erweiterte Grundförderung und die Prophylaxe Kräfte vollständig überrollen.

Im gleichen Umfang wie 2003 sollen zudem die Arbeit von JES-Selbsthilfeunterstützung, die Landeskoordinierungsstelle Frau und Sucht und die Landesfachstelle für Essstörungen gefördert werden.

Bei der Aidsaufklärung und Aidsbekämpfung haben wir in Nordrhein-Westfalen deutliche Erfolge zu verzeichnen. Wir wissen aber auch, dass wir bei der Arbeit im Aidsbereich nicht nachlassen dürfen, weil junge Menschen beim Geschlechts-

verkehr wieder vielfach unvorsichtiger werden, und wir kennen auch die Herausforderungen, die sich aus der Migration ergeben. Daher wollen wir die Haushaltsansätze zur Bekämpfung der erworbenen Immunschwäche Aids überrollen und damit auch die vielfältige ehrenamtliche Arbeit der Aids-hilfe in NRW sichern.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass im Doppelhaushalt Mittel für den Aufbau eines flächendeckenden Krebsregisters in NRW vorgesehen sind. Die finanzielle Unterstützung durch die Deutsche Krebshilfe wäre in diesem Zusammenhang äußerst willkommen, da hierdurch der Aufbau beschleunigt werden könnte.

Das Gesamtkonzept Maßregelvollzug wird konsequent und zielgerichtet umgesetzt. Die Investitionsmaßnahmen an der vorhandenen Bausubstanz und die Mittel für die neuen Baumaßnahmen sind ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit und der Therapiebedingungen.

Für die Träger der sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen ist es ein ganz wichtiges Signal, dass wir die Förderrichtlinien flexibler gestalten wollen. Wir möchten den Verbänden die Möglichkeit einräumen, die Fördermittel flexibler einzusetzen und so auch interne Einsparpotenziale zu nutzen. Dies verstehen wir auch als einen Beitrag zur dauerhaften Sicherung der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe eingangs gesagt: NRW war sozial, ist sozial und bleibt sozial. In Nordrhein-Westfalen gibt es keinen sozial- und gesundheitspolitischen Kahlschlag. Auch in zugegebenermaßen finanziell schwierigen Zeiten bleiben wir verlässliche Partner. Damit unterscheiden wir uns deutlich von den CDU-regierten Ländern. Wenn wir einen Blick über die Landesgrenzen nach Hessen wagen, sehen wir, dass dort die soziale Infrastruktur rücksichtslos zerschlagen wird. Dort findet ein "brutalstmöglicher" Angriff auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes statt.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

Wir in Nordrhein-Westfalen handeln dagegen verantwortungsvoll und wertschätzen die Arbeit unserer Partner in den Wohlfahrtsverbänden und in den anderen Organisationen, die sich im Interesse der Menschen sozial- und gesundheitspolitisch engagieren. - Ich bitte um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Rudolf Henke [CDU]:
Das sind Glaubenssätze! Das müssen Sie
belegen!)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Scheffler. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Pavlik das Wort.

Dr. Jana Pavlik (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat den Anschein, als sei der brutale Sparstift der rot-grünen Landesregierung im Gesundheitssektor und speziell in der Titelgruppe 11 zielgerichtet als in den anderen Bereichen geführt worden. Das zu meinen ist aber ein großer Irrtum. Wenn im Gesundheitshaushalt sowieso nur 12 % als Gestaltungs- oder Manövriermasse zur Verfügung stehen, also disponibel sind, wirkt eigentlich jede Kürzung doppelt.

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen. Die Haushaltsvorlage von Rot-Grün sah eine erhebliche Kürzung bei der Aidshilfe vor. Nur durch den massiven Protest der Betroffenen und durch den Widerspruch der Oppositionsfraktionen konnte eine partielle Rücknahme der Sparmaßnahmen erreicht werden. Das Heuchlerische jedoch ist, wie bei vielen anderen Haushaltsinhalten auch, dass Rot-Grün es in Presseerklärungen so darstellt, als habe Rot-Grün die Sparmaßnahmen zurückgenommen.

Fakt ist, dass Sie unseren Antrag, gerade bei der Aidshilfe keine Abstriche zu machen, abgelehnt haben. Um Schlimmeres zu verhüten, haben wir Ihrer bescheidenen Rücknahme der Kürzung zugestimmt. Tun Sie deswegen nicht so, als ob Sie der Retter einer armen Klientel vor dem Zugriff einer Regierung wären, die vor dem Bankrott steht.

Sie bilden doch eine rot-grüne Regierung. Sie sprechen mit gespaltener Zunge und versuchen, dem Bürger vorzutäuschen, dass Sie seine Interessen gegen die Regierung vertreten. Das ist pure Heuchelei.

Ähnliches gilt für die Suchtgefahren. Sie haben unsere Änderungsanträge abgelehnt, und zwar nicht, weil sie falsch waren, sondern weil Sie nicht akzeptieren wollen, dass politische Verantwortung in solch sensiblen Bereichen und ein entsprechender Sachverstand nicht zwangsläufig an der Politik der rot-grünen Fraktionen orientiert sind. Gerade bei der Suchtbekämpfung kann nicht genug an Prävention geleistet werden. Sie aber reduzieren die Mittel.

Gerade in der Drogenpolitik sind Vorbeugung und zugehende Hilfen unverzichtbar. Immer mehr Kin-

der und Jugendliche greifen zu legalen und illegalen Drogen. Ohne Aufklärung und Hilfe sind das Abrutschen in eine Sucht und die Abhängigkeit mit den entsprechenden Folgen und Folgekosten unausweichlich.

Wenn sogar die Förderung entsprechender Fachkräfte in der Jugendvollzugsanstalt ganz wegfallen soll, wie es ursprünglich geplant war, ist das völlig konträr zu dem erklärten Ziel der Resozialisierung. Heute steht wieder in der Zeitung, dass sich ein 20-Jähriger, der wegen Drogenproblemen inhaftiert war, erhängt hat. 15 Selbstmorde im letzten Jahr in der Jugendvollzugsanstalt - und dann wollen Sie eine Kürzung verantworten.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit der FDP geht das nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Ein anderes Beispiel: In der Titelgruppe 11 sollte ab 2005 die Förderung von laufenden Projekten um 1 Million € gekürzt werden. Betroffen sind hiervon Maßnahmen zur gesundheitlichen Prävention und zur Hospizarbeit. Allein daran sehen Sie die Unsinnigkeit Ihres Sparkonzepts. Statt jede Form von Prävention zu fördern und auszubauen, beschneiden Sie diese. Statt die Hospizarbeit umfassend zu fördern und auszubauen, kürzen Sie, oder Sie überlassen die in der ambulanten Hospizarbeit Tätigen einem kräfte- und nervenaufreibenden Abrechnungstreit mit den Kassen. Dabei behaupten Sie immer wieder, in Nordrhein-Westfalen gebe es kein Defizit bei den Hospizangeboten.

Eine ähnliche Kritik muss an der Kürzung der Förderung für die Behinderten angebracht werden. Gerade im Jahr der Behinderten plante die rot-grüne Regierung, die Zuschüsse an freie Träger drastisch zu kürzen. Durch eine Mittelserhöhung haben wir zu verhindern versucht, dass alle Förderprogramme gestrichen werden. Welche Arbeit leistet das psychotherapeutische Personal in Behindertenschulen nach Ihrer Meinung - etwa Kartoffeln schälen? -, dass Sie glauben, einfach kürzen zu können? Die Politik von Rot-Grün macht die Behinderten zu den eigentlichen Verlierern des reduzierten Haushaltes.

(Beifall bei der FDP)

Sie halten Sonntagsreden über Integration und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dabei nehmen Sie dieser Behinderungsgruppe in erheblichem Maße die Gelegenheit dazu. Auch un-

seren Änderungsantrag hierzu haben Sie abgelehnt. Wir haben Ihrem reduzierten Antrag wiederum nur zugestimmt, um Schlimmeres zu verhüten.

Im Landesaltenplan werden gegen unseren Willen Kürzungen vorgenommen, obwohl jeder weiß, dass angesichts der demographischen Entwicklung nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Förderung dringend vonnöten ist.

Bei all diesen Einzeldifferenzierungen, die hier nicht fortzusetzen sind - das soll im Lande auch gehört werden -, steht fest, dass das ganze Kürzungsprogramm von Rot-Grün in eklatantem Widerspruch zu Ihren eigenen immer wieder bekundeten Absichtserklärungen steht, Frau Ministerin.

(Beifall bei der FDP)

Es fällt direkt auf, dass sich das Land immer mehr aus Initiativen und Förderungen zurückzieht, also aus so genannten freiwilligen Leistungen, die außerhalb von nach dem Gesetz zu vollziehenden Maßnahmen oder Verpflichtungserklärungen liegen. Wo gibt es denn überhaupt noch einen Handlungs- und Gestaltungsspielraum? Das zu hören, wäre ich sehr interessiert.

Wenn Sie dazu Stellung nehmen wollen, Frau Ministerin, können Sie gleichzeitig Stellung nehmen, wie Sie den mittelfristig zu erwartenden Wegfall des Zivildienstes allein im Krankenhaus- und Pflegebereich kompensieren wollen. Es liegt Ihnen zu diesem Problem schon eine Anfrage von mir vor. Sage doch keiner, da haben wir noch Zeit. Nein, es brennt; wir haben gar keine Zeit mehr. Ihre Ministerialkollegin von der Familienfürsorge in Berlin plant jetzt schon eine Verkürzung der Dienstzeit. Wie soll das von wem ausgeglichen werden?

Lassen Sie mich zum Abschluss, Frau Ministerin, noch eine Bemerkung zu der gestrigen Mitteilung Ihres Hauses machen, einen runden Tisch einzurichten, um die fatalen Folgen der völlig misslungenen Gesundheitsreform zu diskutieren. Mittlerweile spüren Sie das Feuer, dass diese Missgeburt von Reform entfacht hat. Ich habe den Eindruck, die vielen runden Tische und Zimmerberatungen, gleich, ob von Rot-Grün in Berlin oder hier in Nordrhein-Westfalen, dienen allein dem Zweck, den um sich greifenden Flächenbrand bei den Betroffenen möglichst klein zu halten. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. So dumm ist die Bevölkerung nicht, um nicht allmählich zu kapieren, was ihr da von Rot-Grün eingebrockt worden ist.

Wissen Sie, Frau Ministerin, wenn eine angeblich große Gesundheitsreform, an der nach Ihren ei-

genen Worten Nordrhein-Westfalen wesentlich beteiligt war, nach noch nicht drei Wochen seit Inkraft-Treten solches Chaos bei der Bevölkerung auslöst, kann man nur sagen: Pfusch und Murks auf der ganzen Linie.

(Beifall bei der FDP)

Hundert runde Tische werden nicht ausreichen, um die eklatanten Fehler zu beseitigen. Demnächst wird es runde Tische geben zu den Problemen der chronisch Kranken, den Eintrittsgeldern in den Praxen - das ist ja nichts anderes als eine verdeckte Kassenbeitragserhöhung; es ist keine Praxisgebühr, sondern ein zusätzlicher Kassenbeitrag von 40 € pro Jahr -, zu den Überfällen in den Praxen, den Überweisungen, den Beitragserhöhungen bei den Renten, den Abschöpfungen bei den Betriebsrenten usw.

Die Autoindustrie kennt die Möglichkeit des Rückrufs von Modellen, die schwere Fehler aufweisen. Machen Sie sich verdient um Nordrhein-Westfalen, Frau Ministerin, und bringen Sie den Mut auf, Ihre rot-grüne Bundesregierung öffentlich aufzufordern, das ganze misslungene Gesundheitsgesetz zurückzurufen!

(Beifall bei der FDP)

Das ist das Einzige, was sinnvoll ist. Ich schlage Sie für das Bundesverdienstkreuz vor, wenn Sie unverzüglich den sofortigen Rücktritt Ihrer Kollegin, Frau Ulla Schmidt, in Berlin veranlassen,

(Beifall bei der FDP)

damit die Menschen im Lande endlich wieder Klarheit bekommen statt permanentem Hü und Hott. Das ist keine Reform, das ist nicht zu überbietende Konzeptionslosigkeit, das ist verantwortungslos. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Dr. Pavlik. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat die Kollegin Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Pavlik, ich finde Sie schon irgendwie lustig, ganz ehrlich. Ich habe Sie schon irgendwie lustig, ganz ehrlich. Ich habe Sie auf einer Podiumsdiskussion bei der Krankenhausgesellschaft erlebt, wo Sie für die Praxisgebühren geredet haben. Ich habe gerade noch einmal mit Herrn Scheffler geredet, er hat das auch gehört.

(Beifall bei der SPD)

Es ist komisch, dass Sie das hier anders sehen.

Das Zweite ist: Ich habe gehört, dass es im Bund Verhandlungen mit dem Bundesrat gab, wo auch die FDP mit am Tisch saß.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch die Gesundheitsreform mitgetragen. Tun Sie doch nicht so, als ob Sie dagegen gewesen wären! Auch Sie waren dabei.

(Widerspruch bei der FDP)

Bei der Praxisgebühr müssen Sie sich genau überlegen, wessen Erfindung es war, dass sie jetzt überall gezahlt werden soll. Das war nicht die Erfindung von Rot-Grün. Wenden Sie sich einmal an die CDU!

(Beifall bei der SPD)

Das war deren Idee. Die haben das in den Gesundheitsverhandlungen gefordert, dass bei allen Ärzten die Praxisgebühr gezahlt wird. Wir wollten das nur, damit der Hausarzt als Lotse durch das System führen kann. Wenn Sie nicht mehr überblicken können, was wann wo in der Gesundheitsreform diskutiert wird, dann sollten Sie sich an diesem Punkt ein bisschen mehr zurückhalten und vielleicht über eigene Positionen nachdenken statt darüber, welche Ministerin mit welchen Preisen belohnt wird, wenn sie zurücktritt. Da haben Sie, glaube ich, gerade ein dickes Eigentor geschossen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den anderen Themen: Bei der CDU gab es gerade eine breite Rede, was wir alles an Schlechtem über das Land bringen und was die CDU alles an Gutem macht. Ich habe die Änderungsanträge von Ihnen gesehen, Herr Henke. Wenn ich das richtig sehe und Sie nicht Rot-Grün und CDU verwechseln: Wir haben für neue Wohnformen, für ZwaR, für Landesseniorenvertretung, für Seniorenwirtschaft Geld in den Haushalt eingestellt. Sie wollen das alles nicht. Sie wollen für bürgerschaftliches Engagement Geld aufbringen und Gelder für die Forschungsgesellschaft für Gerontologie, die wirklich wichtig ist - in dem Bereich brauchen wir die Forschung -, kürzen.

Ich verstehe nicht, dass Sie sich damit brüsten, für die älteren Menschen in diesem Bereich viel zu tun. Ich kann mich daran erinnern, Sie sagen immer: Wir müssten mehr für neue Wohnformen tun - das habe ich immer vertreten -, aber wenn es ums Geld geht, fordern Sie in diesem Bereich nichts.

Auch bei dem Thema "Menschen mit Behinderungen" haben Sie hier gesagt, es sei ganz schreck-

lich, was wir alles täten. - Sie wollen Geld beim Behindertensport. Alles andere, was wir fordern, haben Sie nicht gefordert: keine Blindenhörbüchereien, nichts für Hörgeschädigte, nichts für den Behindertenrat, nichts für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, nichts für eine Behindertenbeauftragte. All das sind keine Forderungen bei Ihnen, aber bei uns. Und dann sagen Sie, wir würden nichts tun.

Auch den Bereich der Frühförderung finde ich sehr wichtig. Nach der Geburt meines Babys im letzten Jahr habe ich mich in der Klinik direkt mit den Frühchen beschäftigt. Ich finde es wichtig, dass die Kassen diese Leistungen auch übernehmen. Die Diskussionen, Verhandlungen und Gespräche finden doch gerade statt. Wir müssen sicherstellen, dass Frühförderung von den Kassen automatisch finanziert wird. Denn die Kassen sparen doch perspektivisch auch die ganzen Folgekosten. Es kann doch nicht Aufgabe des Landes sein, was primär Kassenleistung sein muss!

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

- Sie können sich ja zu einer Zwischenfrage melden. Rufen Sie doch nicht immer dazwischen! Dann kann keiner die Diskussion verfolgen. Sonst setze ich mich immer gerne mit Herrn Kollegen Henke auseinander.

Ich finde es wichtig, dass die Frühförderung von den Kassen bezahlt wird. Wenn die Kassen nicht in diese Leistung eintreten, dann werden wir uns auch darüber Gedanken machen müssen. Ich gehe aber davon aus, dass die Kassen die Bedeutung der Frühförderung mittlerweile erkannt haben. Alle Signale, die ich wahrnehme, sind, dass die Kassen die Frühförderung übernehmen wollen.

Stiftung Wohlfahrtspflege: Ich hätte auch gern mehr Geld. Ich hätte für viele Sachen gerne mehr Geld. Aber wir machen eine seriöse Haushaltspolitik und stellen Deckungsvorschläge dar. Dann muss man auch an der Stelle auch klar sagen: Die Stiftung Wohlfahrtspflege hat Rücklagen. Dann müssen wir in den sauren Apfel beißen und einmal an dieses Geld rangehen. Ich empfinde das auch an manchen Punkten als schmerzhaft, aber es geht nicht anders, weil - ich sage es ganz klar - es auch andere Prioritäten und Punkte gibt, die sehr wichtig sind.

Wir haben nämlich - auch da vermisste ich den Antrag der Opposition - Anträge im Bereich Aids und Sucht gestellt. Frau Pavlik, ich glaube, auch da haben Sie noch nicht begriffen, wie man den Haushaltsplan liest. Wir haben nämlich die Aids-

mittel in Gänze wieder eingesetzt. Wir haben nicht weniger eingesetzt, sondern sie ganz eingesetzt.

(Vera Dedanwala [SPD]: Vollständig!)

Wenn man die Zahlen nebeneinander legt, dann sieht man das. Ich finde es schon witzig, wenn Sie hier sagen, das wäre aufgrund des Druckes der Opposition geschehen. Unsere Anträge waren die ersten, die auf dem Tisch lagen. Ich weiß nicht, ob Sie die nicht einfach abgeschrieben haben, um dann hinterherzukommen.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Im Aidsbereich gibt es keine Forderungen, die über das hinausgehen. Auch im Suchtbereich ist klar, dass wir die gesamten Aufgaben, die im Jahre 2003 gelaufen sind, sicherstellen. Wenn Sie dann sagen, da hätte eine rot-grüne Regierung etwas anderes auf den Tisch gelegt, Frau Pavlik: Es ist zwar jetzt nicht die Stunde, um Ihnen Parlamentarismus und Demokratie zu erklären; aber es gibt unterschiedliche Rollen zwischen dem Kabinett und dem Parlament. Wir haben die Trennung von Exekutive und Legislative. Ich finde das auch wichtig. Das muss auch in Zukunft so sein.

Ich erwarte nicht, dass unsere Ministerinnen und Minister den Haushalt den Fraktionen vorlegen. Sie müssen ihre Ressortzuständigkeit ausfüllen, ihre Vorschläge machen. Wir als Parlament sind die Haushaltsgesetzgeber. Es ist unsere Aufgabe, darüber am Ende zu entscheiden. Ich finde es wichtig und richtig, dass wir Änderungsanträge zum Haushalt stellen, dass wir die Debatten führen und damit auch über Schwerpunkte, über politische Inhalte, über Konzepte reden, auch an der Stelle des Haushalts. Ich finde es wichtig und richtig so.

Ich halte auch da an der Demokratie und dem Parlamentarismus fest. Ich denke, es wird auch in Zukunft so sein. Wir werden nicht unser Kabinett die Aufgabe des Parlaments machen lassen.

Sie haben auch angemahnt, dass die JVA-Kräfte erstmals im Haushaltsentwurf so nicht finanziert würden. Ja, die Idee, die dahinter steht, finde ich vollkommen richtig: Eigentlich gehört das nicht in den Gesundheitshaushalt. Eigentlich gehören auch die Betreuung von Drogenabhängigen und die Hilfe bei Suchtproblematik im JVA-Bereich in den entsprechenden Haushalt, nämlich den des Justizministeriums. Wir müssen in den kommenden Monaten bis zum nächsten Haushalt reden, wie man es schaffen kann, dass Aufgaben konzeptionell auch da wahrgenommen werden, wo sie hingehören. Die Betreuung der entsprechen-

den Personen, wie gesagt, gehört in den JVA-Bereich.

An die Adresse der CDU: Auch da habe ich Ihre Anträge in Gänze vermisst. Ich finde, Sie stellen sich hier sehr vollmundig hin. Wenn ich mir Ihre Anträge anschau, dann sehe ich, dass Sie ein paar Kürzungsvorschläge - Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen - vorlegen. Eigentlich kann man da nicht richtig kürzen, zumal auch Ihre Begründung in dem Punkt nicht stimmt. Das sind wesentliche und wichtige Projektmittel.

Sie machen also ein paar Kürzungsvorschläge. Substantiell haben Sie an den Punkten, bei denen es notwendig ist, sie im Haushalt zu ändern, nichts geändert. Von daher muss ich Ihnen sagen, auch wenn Sie immer versuchen, sich darzustellen, als ob Sie die besseren Sozialpolitiker seien: Ich bin froh, dass Sie in Nordrhein-Westfalen nicht an der Regierung sind, sondern dass wir Nordrhein-Westfalen sozial erhalten können.

Wenn ich mir die Anträge ansehe, die von Ihnen gekommen sind, aber auch an das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen anknüpfe, dann

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben die Haushaltsberatungen ohne die 2. Ergänzungsvorlage abgeschlossen!)

wird mir ganz klar und ganz deutlich: Wenn Sie hier die Verantwortung hätten, dann würde es für Nordrhein-Westfalen verdammt düster aussehen. Deswegen bin ich froh, dass wir den Haushalt gemeinsam mit Rot-Grün so verabschieden werden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. - Das Wort hat die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Frau Fischer. Bitte schön.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Zeiten gravierender Veränderungen, also in diesen Zeiten, ist es umso wichtiger, das soziale Gesicht unserer Gesellschaft deutlich zu zeigen und zu wahren. Ein fairer Interessenausgleich zwischen den Generationen ist ausgesprochen wichtig. Wir müssen Maßstäbe einer menschlichen Gesellschaft setzen. Dazu gehören der soziale Zusammenhalt, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung. Die Gleichberechtigung der Geschlechter gehört ebenfalls dazu.

Es war zu keiner Zeit leicht, diesen Maßstäben gerecht zu werden. Heute ist es besonders schwer. Der demographische Wandel, das Altern unserer Gesellschaft ist mittlerweile nicht mehr Theorie, nicht mehr Prognose, sondern Realität unseres Alltags geworden. Immer mehr Menschen merken in ihrem eigenen Leben: Es ist ein entscheidender Unterschied, ob eine Bevölkerung wächst oder schrumpft, ob mehr oder weniger Kinder geboren werden, ob die Zahl der Älteren an Gewicht gewinnt oder an Gewicht verliert.

Das heißt für die politische Arbeit: Wir können nicht weitermachen wie bisher, nicht im Staatshaushalt, nicht in der sozialen Sicherung, nicht in der Art und Weise, wie wir als Land viele Ziele verfolgt haben. Das gilt erst recht, weil auch die tief greifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche und die Ausdifferenzierungen der individuellen Lebensführung keineswegs überstanden sind.

Für die soziale Infrastruktur bedeutet dies dreierlei:

Erstens müssen wir bei der örtlichen Infrastruktur konsequent auf effektive bürgerorientierte und vernetzte Angebote hinwirken.

Zweitens dürfen wir auf Dauer nicht zuerst darüber reden, was wir für Aufgaben ausgeben, also den so genannten Input, sondern wir müssen vor allem darüber reden, was wir erreichen wollen, also den Output. Den müssen wir zum Maßstab machen.

Drittens gilt es, die landesweite Kooperation und Vernetzung mit hoher Priorität zu stärken. Die außerordentlich schwierige Lage aller öffentlichen Haushalte forciert die Notwendigkeit, sich diesen unausweichlichen Veränderungen zu stellen. Aber die Reformen selber werden natürlich nicht einfacher, wenn sie durch erhebliche Einsparungen belastet werden.

Deshalb sage ich auch klar: Die Anträge der Parlamentsmehrheit sichern einen sehr tragfähigen Korridor für strukturelle Veränderungen. Sie bekräftigen die hohe soziale Verantwortung, die Politik in diesem Veränderungsprozess übernehmen muss, und zwar gegenüber den Betroffenen genau so wie gegenüber den Beschäftigten des sozialen Sektors.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der so genannten sozialen Verantwortung kommt gerade auch der Gesundheitspolitik eine außerordentliche Bedeutung zu. Der Haushalt 2004/2005 stellt sicher, dass Nordrhein-Westfalen seine unmittelbare Verantwortung im Bereich der Qualität

und Sicherheit der gesundheitlichen Versorgung auf hohem, teils sogar noch deutlich gesteigertem Niveau erfüllt.

Soziale Verantwortung heißt aber immer auch, realistische Lösungen zu finden, nicht aber Zahlenspielererei zu betreiben, wie das gerade in den Debatten vorab durch die Oppositionsfraktion deutlich geworden ist.

(Zurufe von der CDU: Was? Da sind wir beim Haushalt!)

Im Haushalt 2004/2005 gilt für den Krankenhausbereich: Das Land wird sein hohes Niveau und sein hohes finanzielles Engagement beibehalten. In diesem und im nächsten Jahr stehen jeweils insgesamt rund 486 Millionen € Barmittel und 255 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Das ist in der Tat eine wichtige Voraussetzung, damit sich unsere anerkannt leistungsfähige Krankenhauslandschaft auch unter den Bedingungen des neuen und leistungsbezogenen Entgeltsystems bewähren kann.

Im Maßregelvollzug sind erneut deutlich mehr Mittel für die Betriebskosten eingeplant. Ursache ist in erster Linie die erhebliche Zunahme der untergebrachten Patientinnen und Patienten. Seit einigen Wochen sind es mehr als 2.000. Die damit verbundenen Mehrkosten sowie die Tarif- und Preissteigerungen wurden und werden selbstverständlich vom Land gezahlt.

Ab 2005 erhalten die Träger den Ausgleich für steigende Patientenzahlen nicht mehr - wie bisher - rückwirkend, sondern im gleichen Jahr, was im Übergang zunächst zwangsläufig mehr Haushaltsmittel erfordert.

Der Haushalt stellt erneut sicher, dass die Mittel bereitstehen, die für den Ersatz und die Verbesserung bestehender Bausubstanz sowie insbesondere auch für die neuen Forensikstandorte erforderlich sind. Die Hoffnung einer Bürgerinitiative, wir würden gegebenenfalls auf einen Standort verzichten, trägt. Sie ist schlicht und ergreifend falsch.

Bei der Gesundheitshilfe, der Sucht- und Drogenpolitik sowie bei der Aids-Politik - also den wesentlichen so genannten freiwilligen Förderbereichen der Gesundheitspolitik - musste sich der Haushaltsentwurf darauf konzentrieren, die örtliche Basisstruktur zu sichern. Die Anträge der Koalitionsfraktionen setzen hier eindeutige Akzente. Wir werden auf dieser Grundlage die etablierten Förderprogramme im Bereich der Suchtprävention und -hilfe ebenso wie unser Engagement bei der Aids-Bekämpfung fortsetzen können.

Wir werden die gesundheitliche Selbsthilfe - also die wichtige Zukunftsressource der Gesundheitspolitik - weiter unterstützen und auch die Hospizbewegung und die palliative Versorgung weiter stärken können.

Diese entschlossene Parteinahme für Menschen, die auf die Hilfe und die Solidarität unserer Gesellschaft angewiesen sind, freut mich sehr und erleichtert vieles. Umso zuversichtlicher und entschlossener können wir in den kommenden Jahren daran gehen, die soziale Infrastruktur zukunftsfest zu machen.

Ich will in der Kürze der Zeit dazu nun auch einige Stichworte nennen:

Erstens. Ich möchte gerne ausloten, ob wir die Koordinations- und Fachstellen auf der Landesebene durch Vernetzung und Bündelung von administrativem Aufwand entlasten und ihre Beratungskompetenz auch im interdisziplinären Austausch verstärken können.

Zweitens. Wir werden alle unnötigen Vorgaben in Förderrichtlinien entfernen. Aber zugleich warne ich bei dieser Diskussion davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Richtlinien bedeuten nämlich nicht nur Belastungen, sondern auch Erleichterungen für die Träger. Nimmt man sie weg, gelten automatisch über 200 Seiten an umfangreichen und unhandlichen Verwaltungsvorschriften der Landeshaushaltsordnung. Ob gerade kleinere Träger dies als Entlastung verstehen würden, bezweifle ich sehr.

Drittens. Wir müssen auch in den Förderbereichen der Landesgesundheitspolitik schrittweise und im Dialog mit den Trägern zu einer stärkeren Ergebnisorientierung unserer Förderung kommen und uns auf Zielvereinbarungen sowie Controlling stützen.

Viertens. Schließlich müssen wir die kommunale Planungskompetenz stärker nutzen, um zu vernetzten, ganzheitlichen und bürgerorientierten Angeboten zu kommen.

Meine Damen und Herren, auch bei den sozialpolitischen Haushaltsansätzen galt es, im Haushaltsentwurf vor allem die Basisstrukturen zu erhalten. Die Koalitionsfraktionen haben hier ebenfalls deutliche Signale gesetzt - wie auch bereits mit der Verabschiedung der Novelle des Landespflegegesetzes. Hier sind wichtige sozialpolitische Rahmensetzungen erfolgt.

Wenn es auch zu diesem Zeitpunkt nach Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, gegangen wäre, so säßen wir heute noch in einer Ar-

beitsgruppe zusammen, anstatt ganz konkrete Verbesserungen für die Menschen zu schaffen.

Der Haushalt 2004/2005 stellt sicher, dass auch die bewährten Strukturen der Behindertenpolitik gesichert werden können. Das gilt für die Westdeutsche Blindenhörbücherei, die Eingliederung Hörgeschädigter oder Integrationsmaßnahmen im Behindertensport, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dazu gehören auch Maßnahmen zum ambulanten betreuten Wohnen, die vorrangig gefördert werden.

Die Stiftung Wohlfahrtspflege kann ebenfalls mit 25 Millionen € weiterarbeiten. Der Stiftungszweck wurde ergänzt, und zwar zugunsten benachteiligter Kinder. Ich finde es außerordentlich wichtig, dass wir hier ein neues Handlungsspektrum haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Auch in der Pflegepolitik, bei der Versorgung und in der Wohnberatung, stehen Haushaltsmittel zur Verfügung, die es ermöglichen, dem Bündnis für Pflege in Nordrhein-Westfalen eine Grundlage zu geben und dort in der Weiterentwicklung der Arbeit voranzukommen.

In der Seniorenpolitik spielt der demographische Wandel, damit zusammenhängend aber sicher auch der gesamte Bereich der Seniorenwirtschaft eine außerordentlich große Rolle.

Maßgeblich hier ist auch der Bereich der Altenpflegeausbildung, bei dem wir in diesem Landeshaushalt 600 Ausbildungsplätze mehr als in der Vergangenheit zur Verfügung stellen konnten, wobei bereits in den letzten drei Jahren die Ausbildungsplätze um 25 % aufgestockt wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich diese Einzelmaßnahmen, die ich in der Kürze der Zeit beispielhaft genannt habe, mit den Anträgen der Oppositionsfraktionen vergleiche, dann kann ich nur sagen: Ich fand es mehr als verwunderlich, dass es im Fachausschuss, nämlich im Sozialausschuss, nicht einen Antrag der CDU-Fraktion gegeben hat.

(Rudolf Henke [CDU]: Weil es keine Ergänzungsvorlage gab! Blinde Haushaltsberatungen!)

Im Haushalts- und Finanzausschuss hat die Oppositionsfraktion reagiert. Sie hat aber entgegen ihren Worten in diesem Parlament nicht einen Antrag gestellt zu den Themen Sucht,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie haben uns keine vernünftige Basis für die Beratungen gegeben!)

Aids, pflegerische Infrastruktur und neue Wohnformen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Ich komme zum Schluss. - In der Behindertenpolitik, die Sie gerade genannt haben, haben Sie sich lediglich auf den Koalitionsantrag gesetzt und mit leichten Veränderungen bezüglich des Verwendungszwecks reagiert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes sagen: Alle Ihre Änderungsanträge - das betrifft nicht nur diesen Bereich - muss man natürlich an Ihren Deckungsvorschlägen messen.

Die Haushaltssituation in den Kommunen, im Land und im Bund erfordert strukturelle Veränderungen und nicht lediglich eine Überrollung. Was Sie machen, ist sehr durchschaubar. Sie verkaufen zum x-ten Mal die WestLB, spielen mit dem Erlös den sozialpolitischen Weihnachtsmann und versuchen so, sich bis 2005 durchzumogeln, ohne auch nur ein einziges Problem anzugehen, eine strukturelle Veränderung zu nennen und der Sozialpolitik eine Zukunftsperspektive zu geben.

Im Fußball lautet eine Strategie: Hinten dichtmachen, und vorne hilft der liebe Gott. An dieser Strategie sind Sie meines Erachtens nahe dran: überrollen, mitstimmen, mitschwimmen, und bei der Deckung hilft die WestLB. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute und 50 Sekunden überzogen. Wenn die Fraktionen noch Gelegenheit nehmen wollen, zu reden, haben sie die Möglichkeit dazu. Ansonsten beende ich die Debatte zu diesem Bereich. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Bereich aufrufe, mache ich darauf aufmerksam, dass die Abstimmung über den Einzelplan 11 erst nach der Beratung über den Bereich 13 - Migration - erfolgt.

Ich rufe **Bereich 6** auf:

Frauen

Damit ist ebenfalls der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811 sowie auf den bereits aufgerufenen Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4923 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Frau van Dinther das Wort.

Regina van Dinther (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Frauenpolitik zu sprechen komme, möchte ich eines hervorheben: Bevor der nächste Abgeordnete der Regierungsfractionen oder ein Minister erklärt, dass wir als CDU keine Anträge in den Fachausschüssen gestellt haben, möchte ich daran erinnern, dass - wie allen hier bekannt - der Haushaltsplan in den Fachausschüssen beraten wurde, bevor diesem Hause die zweite Ergänzung vorlag.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn die Regierungsfractionen diese Vorlage schon eher hatten als wir, dann haben Sie vielleicht entsprechend beraten können,

(Frank Baranowski [SPD]: Was soll das heißen? Was wollen Sie unterstellen? Ungeheuerlich!)

aber wir hätten nur blind beraten können.

Wenn Sie behaupten, wir hätten keine Anträge gestellt, dann möchte ich Ihnen ins Gedächtnis rufen, dass wir nach der Lieferung der zweiten Ergänzung im Haushalts- und Finanzausschuss 70 bis 80 Anträge gestellt haben, die von den Koalitionsfractionen alle abgelehnt wurden, auch wenn sie deckungsgleich mit ihren Anträgen waren. Das wollte ich meinen Ausführungen voranstellen, damit diese Märchenstunde nicht weitergeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Beratungen der Haushaltspläne für die Jahre 2004 und 2005 waren eigentlich so, wie wir sie erwartet haben, aber wie sie nicht hätten stattfinden dürfen. Es ist ziemlich durchsichtig, warum Sie einen Doppelhaushalt vorgelegt haben. Sie meinen wohl, sich der unangenehmen Diskussion am Ende dieses Jahres, wenn es nämlich viele Wahlen gibt, entziehen zu können. Wir sagen Ihnen schon jetzt voraus:

Die Wirklichkeit wird Sie einholen. Glauben Sie nicht, dass Sie mit diesen taktischen Manövern darum herumkommen, die unangenehmen Sachen, die noch vor uns liegen, diskutieren zu müssen.

Sie haben, um die Löcher zu stopfen, das Land in Feuer gelegt, Aufruhr geschürt, in fast allen sozialen Bereichen versucht, Kürzungen zu vollziehen, und eine neue Steuer eingeführt, obwohl Sie vorher hoch und heilig versprochen hatten, dass die Leute nicht noch stärker belastet werden. Sie haben es trotzdem gemacht.

(Frank Sichau [SPD]: Sie haben doch gesagt, wir müssen mehr sparen!)

Sie haben aufgrund der Unruhe im Land einen großen Teil der Kürzungen nicht durchsetzen können. Gerade haben Sie erlebt, dass Tausende von Schülern und Eltern vor der Tür standen und Ihnen gezeigt haben, dass sich die Leute im Lande das nicht gefallen lassen.

Sie stehen jetzt vor einem Scherbenhaufen und haben fast nichts durchgesetzt. Mit dem Haushalt, den Sie jetzt verabschieden, wälzen Sie wieder alle Schwierigkeiten auf die nächste Generation ab. Unsere Kinder können später das bezahlen, was sie an Strukturveränderungen nicht durchsetzen können.

Meine Damen und Herren, auch im Frauenbereich wollten Sie die Hebel ansetzen. Obwohl wir erst im letzten Jahr das neue Gewaltschutzgesetz mit den Änderungen des Polizeigesetzes landesgesetzlich angepackt haben, planten Sie, die Personalstellen in der ganzen Frauenstruktur zu reduzieren. Nicht nur die Frauennotrufe sollten aufgegeben, sollten alle Frauenhäuser sollten um eine Personalstelle reduziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Sie nicht und auch nicht die zuständigen Mitarbeiterinnen im Frauenministerium können mir erzählen, dass Sie nicht genau wissen, dass wir eigentlich gerade in dem Bereich Gewalt gegen Frauen und Kinder zusätzliches Personal brauchen, wenn wir die Gesetze richtig umsetzen wollen.

Genauso wie die Österreicher müssten auch wir vor Ort Interventionsstellen schaffen, damit die Menschen, die von Gewalt betroffen sind, also die Opfer, Anlaufstellen haben, um ihre Probleme behandelt und gelöst zu bekommen. Das passiert in Nordrhein-Westfalen nicht.

Stattdessen wissen wir alle, dass sich diejenigen, die an diesen Themen arbeiten, nämlich Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Frauennotrufe,

damit zusätzlich beschäftigen und der Polizei helfen müssen, die neuen Gesetze umzusetzen.

Sie wissen, dass diese Stellen nicht mehr durch ABM-Stellen ersetzt und ergänzt werden können, wie es früher üblich war. Die Kommunen können auch nichts mehr dazuzahlen. Auch das hat sich im Vergleich zu früher geändert. Trotzdem haben Sie hier den Rotstift angesetzt.

Natürlich kann man jetzt sagen: Am Ende ist noch alles gut geworden - sowohl für die Träger als auch für die Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten und die allesamt richtige Existenzängste hatten. Ich habe hier noch nie eine so große Versammlung von Betroffenen - auch aus den Trägerverbänden - gesehen, die eine solche Angst hatten, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, wie bei diesen Haushaltsplanberatungen.

Die CDU hat den betroffenen Frauen schon relativ früh signalisiert, dass sie gerade in diesen Bereichen die Kürzungen nicht mittragen und beantragen wird, diese Mittel wieder in den Haushalt einzustellen.

Jetzt haben wir alle gemeinsam beschlossen, fast sämtliche im Frauenbereich geplanten Kürzungen zurückzunehmen. Trotzdem können wir meines Erachtens nicht zufrieden damit sein, uns in diesem ganz kleinen Bereich des Landeshaushalts auf dem gleichen Stand wie im letzten Haushaltsjahr wiederzufinden. Mich macht es nämlich ziemlich nachdenklich, dass der Haushalt 2004/2005 insgesamt nicht in eine wirkliche Strukturveränderung münden konnte.

Wir müssen den Trägern deutlich sagen: Da die momentane Mehrheit in diesem Parlament diese Strukturveränderung nicht anpackt, ist für die Träger und die Betroffenen, nämlich die in diesen Bereichen arbeitenden Menschen, die Gefahr, dass sie am Ende ihre Jobs doch verlieren, noch genauso groß wie vor den Haushaltsplanberatungen. Irgendeiner muss das Ganze am Ende ja bezahlen. Möglicherweise verschieben wir die Kürzung nur in die ferne Zukunft. Auf sicheren Füßen steht das alles jedenfalls nicht, und das macht mich ziemlich nachdenklich.

Eigentlich hätten Sie diesen Haushalt so nicht vorlegen dürfen, sondern hätten mutig sein müssen. Dieser Mut fehlt Ihnen. Ich glaube aber, dass die Wählerinnen und Wähler dies erkennen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin van Dinther. - Für die SPD erteile ich jetzt Frau Kieninger das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 werden die drei Eckpfeiler sozialdemokratischer Frauenpolitik im Einzelplan 11, Kapitel 11 030, in Nordrhein-Westfalen gesichert.

Frau van Dinther, wenn Sie darauf verweisen, dass Sie erst auf die zweite Ergänzungsvorlage gewartet und deswegen keine Anträge gestellt hätten, muss ich sagen: Wenn Sie in Ihrer Fraktion Prioritäten gesetzt und sich für die Frauen stark gemacht hätten, dann hätten Sie auch Anträge im Ausschuss gestellt. Das kann ich so nicht stehen lassen.

(Beifall bei der SPD - Regina van Dinther [CDU]: Wir haben alle Anträge gestellt!)

Unsere bewährte Politik der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, der Förderung der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Chancengleichheit sowie der gerechten Teilhabe in allen Lebensbereichen ist trotz der schwierigen Haushaltslage sicher. Darum beneiden uns viele Frauen in anderen Bundesländern.

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Zum Beispiel in Hessen!)

- Insbesondere in Hessen;

(Beifall bei den GRÜNEN)

das sage ich auch an die Adresse der CDU.

Wir haben bei den Beratungen und mit unseren Haushaltsanträgen deutlich gemacht, wo wir in Zeiten knapper Finanzen Prioritäten setzen wollen.

Als Erstes nenne ich hier den Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Der Ansatz für Frauenberatungsstellen ist im Haushaltsentwurf der Landesregierung überrollt worden. Die Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz ist die vordringliche Aufgabe der Frauenberatungsstellen. Die runden Tische, die inzwischen überall im Land vorhanden sind, haben die örtliche Vernetzung weiterentwickelt.

Die Mittel für die vierte Stelle in den Frauenhäusern setzen wir wieder ein. Viele glauben, dass durch das geänderte Polizeigesetz mit der Wohnungsverweisung das Frauenhaus weniger frequentiert sei. Uns zeigen sich aber andere Ergebnisse und Belegungszahlen. Auch das hat die Arbeit verändert.

Durch den entspannten Wohnungsmarkt ist zwar die Verweildauer kürzer; dafür sind die Nachberatungszeiten aber viel länger. Das Klientel in den Frauenhäusern hat sich ebenfalls verändert; viele Migrantinnen suchen inzwischen Schutz in Frauenhäusern.

Auch den Ansatz für die Notrufe setzen wir wieder ein, allerdings für das Jahr 2005 mit Sperrvermerk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gewachsene, sehr ausdifferenzierte und scheinbar vielfältige Struktur der vom Land geförderten Beratungs- und Hilfeeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen wird nicht von allen Menschen als notwendig anerkannt und nachvollzogen. Immer wieder gibt es Kritik an kleinsten Förderstrukturen.

Daher müssen wir gemeinsam mit den Fraueninitiativen dieses Jahr nutzen, um die gesamte Infrastruktur und die dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel zu bündeln. Wir müssen Synergieeffekte nutzen und die Struktur damit plausibler und akzeptabler machen.

Bei den Mädchenhäusern gibt es ebenfalls einen Sperrvermerk für das Jahr 2005, sodass auch hier das laufende Jahr genutzt wird, die landesweite Bedeutung der von beiden Einrichtungen wahrgenommenen Aufgaben zu bewerten.

Die ursprünglich gestrichenen Mittel für die Unterbringungskosten der Opfer von Menschenhandel haben wir wieder eingesetzt. Uns ist sehr wohl bewusst, dass nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eigentlich die Kommunen dafür zuständig sind. Wir können es aber nicht zulassen, dass die Frauen als Opfer eventuell zusammen mit den Tätern in einer Unterkunft untergebracht werden. Von daher stellen wir diese Mittel wieder in den Haushalt ein.

Die Modellprojekte für ausstiegswillige Prostituierte wollen wir in die Regelförderung aufnehmen und damit die landesweite Bedeutung deutlich machen.

Ich bin froh, dass wir bei den schwierigen Haushaltsbedingungen den Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen so erhalten können.

Meine Damen und Herren, nach wie vor ist die Förderung der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Chancengleichheit von Frauen zentraler Punkt unserer sozialdemokratischen Frauenpolitik. Ziel ist es, die Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen zu erhöhen. Dabei ist die offene Ganztagsgrundschule ein guter und richtiger Weg.

Das Netz der Regionalstellen Frau & Beruf unterstützt und fördert das Ziel, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erreichen. Allein im letzten Jahr haben die Regionalstellen 80.000 Frauen mit Beratung, Information und Qualifizierung unmittelbar erreicht. Die Regionalstellen sind unterschiedlich ausgestattet - die älteren besser als die neueren. Daher wollen wir einen Einwohnerinnenschlüssel sowie die Arbeitsmarktdaten als gerechteren und transparenteren Verteilungsschlüssel zugrunde legen.

Dieses Fördermodell - Einwohnerinnenschlüssel plus Arbeitsmarktdaten - eignet sich auch, wenn 2006 die EU-Förderung für die Ziel-2-Gebiete ausläuft und die EU-geförderten Regionalstellen, die heute im Einzelplan 15 stehen, auch in die Landesförderung kommen, wie das bei Essen und Heinsberg bereits in diesem Jahr der Fall ist.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gerda Kieninger (SPD): Die Einziehung einer Kappungsgrenze von 30 % sorgt dafür, dass keine Regionalstelle überproportionale Kürzungen hinnehmen muss.

Leider kann ich meine restliche Rede nicht mehr vortragen. Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. - Für die FDP spricht jetzt Frau Capune-Kitka.

Brigitte Capune-Kitka (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage mich manchmal, ob die Minister eigentlich zur Koalition gehören. Wir haben das gleiche Spiel wie jedes Jahr: Es kommt ein Entwurf mit irrsinnigen Kürzungen. Alle Verbände sind vollkommen verunsichert. Dann wird lange gekämpft, es kommen große Sprüche, und dann kommen die großen Briefe: Ihr Lieben, wir haben euren Arbeitsplatz gesichert, wenn auch ein bisschen gekürzt, aber ihr könnt wieder arbeiten.

Natürlich ist es Fakt, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine hausgemachte katastrophale Finanzlage haben und dass Kürzungen zu erwarten sind. Dass diese Kürzungen im Entwurf aber so dramatisch die Beratungsstellen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen getroffen haben, das hat mich doch sehr erschüttert.

Ich erinnere mich nämlich noch gut daran, als die rot-grüne Bundes- wie auch die Landesregierung

das Gewaltschutzgesetz eingebracht hat, dann auch das Polizeigesetz geändert und den Frauen signalisiert wurde, dass man sie in Zukunft vor häuslicher Gewalt wirklich schützen möchte. Frau Fischer hat damals gesagt: In NRW haben wir bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen einen großen Schritt nach vorne gemacht. - Doch sie vergaß dabei, dass das Gesetz ja nur wirkt, wenn es auch umgesetzt wird. Und dafür sind Mittel nötig.

Es mussten also dann ganz viele Frauenorganisationen ihre ohnehin sehr knapp bemessene Zeit opfern, um vor dem Landtag auf den notwendigen Erhalt der Beratungsinfrastruktur hinzuweisen, bis sich die Koalitionsfraktionen letztendlich zu einer Abmilderung der Kürzungen bewegen ließen.

Ich halte es nicht für falsch, Frau Kieninger, zu sagen, wir müssen die Strukturen überdenken. Aber bevor man kürzt, überdenkt man die Strukturen, und fängt anschließend an, diese Strukturen vernünftig auszustatten. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Nun gut! Sie haben jetzt ein Jahr Zeit. Wir werden darüber diskutieren, wie das im nächsten Jahr aussieht.

Manchmal kam bei mir so der Eindruck auf, dass das Land dort spart, wo am wenigsten Widerstand erwartet wird. Man glaubte, die betroffenen Frauen hätten keine große Lobby hinter sich. Aber sie hatten eine große Lobby hinter sich.

Genauso haben wir jahrelang über das Projekt zur Unterstützung von ausstiegswilligen Prostituierten diskutiert. Gott sei Dank ist die Kuh, wie man so schön sagt, jetzt vom Eis und endlich nicht mehr Projekt, sondern eine Festeinrichtung geworden, die alle als ein sehr sinnvolles Landesprojekt ansehen.

Die Idee der Landesregierung, im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen bei Maßnahmen für Mädchen und Frauen mit Handicap zu kürzen, haben viele Betroffene als Schlag ins Gesicht empfunden. So haben SPD und Grüne schließlich die Fortsetzung der Förderung auf dem bisherigen Niveau beantragt. Doch zeigt das Prozedere, dass die Landesregierung die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, besonders von Frauen und Mädchen, nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet, denn sonst wäre das schon im Haushaltsentwurf beachtet worden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP-Landtagsfraktion hat sich hingegen von Anfang an dafür entschieden, die zweifelsohne notwendigen Kürzungen in den Bereichen vorzunehmen, in denen es vertretbar ist, weil Reduzierungen durch andere Angebote aufgefangen werden. Und genau das ist bei den so hoch gelobten Regionalstellen Frau und Beruf der Fall.

Wir haben gerade von Synergieeffekten gesprochen: Wer hat denn Hartz und Job-Center ins Leben gerufen? Wer hat Gender-Mainstreaming als grundlegendes Prinzip gebracht? Werden denn die Job-Center etwa nicht in der Lage sein zu schauen, wo Bedarf für Männer und Frauen ist? Müssen wir noch Regionalstellen Frau und Beruf haben?

80.000 Frauen sollen sie im letzten Jahr kontaktiert haben. Hat irgendjemand einmal evaluiert, wie viele davon auch in einen höher qualifizierten Job gekommen sind? Ist eine steigende Erwerbsquote bei Frauen ein Zeichen dafür, dass Frauen nicht nur weiter mehr in Dienstleistungs- und Halbtagsjobs und 400-Euro-Jobs - Putzfrauen usw. - gelandet sind, sondern dass die Frauen wirklich auch qualitativ einen Fortschritt haben? Das ist doch nie evaluiert worden. Nur eine Erwerbsquote zu steigern und das mit den Regionalstellen in Verbindung zu bringen, halte ich doch schon für ziemlich traumtänzerisch.

Hier gilt es, zu streichen und zu fordern: Bitte, es gibt Job-Center und Hartz, also setzt das um! Die Bundesregierung wie die Landesregierung sagt: Gender ist unser Thema, Top down. Darin liegt doch die Chance, das umzusetzen, was Gender in Zukunft bedeutet, und genau das Augenmerk auf Frauen zu legen.

Ich fordere Sie auf, in der Umstrukturierung - und es wird Umstrukturierungen geben - immer zu betrachten, was Sie sich selbst als Ziel gesetzt haben, und dann das nächste Mal von vornherein wirklich einen ehrlichen Haushalt vorzulegen, durch den nicht alle Mitarbeiter verunsichert werden, sodass wir dann Scheinkämpfe in den Ausschüssen fechten müssen, um das Wenige wieder herauszuholen, was dringend für die Frauen, die Schutz brauchen - und das sind die Frauen, die Opfer von Gewalt sind -, nötig ist. - Danke.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Capune-Kitka. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Hürten.

Marianne Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute demonstrierten die Ersatzschulen. Vor zwei Monaten, am 20. November vergangenen Jahres, hat hier vor dem Landtag eine große Frauendemo gegen die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Kürzungen stattgefunden. Ich habe auf dieser Demo für die grüne Fraktion gesprochen und ausgeführt, dass für meine Fraktion in den Haushaltsberatungen für 2004 und 2005 der Erhalt der Frauenstrukturen auf der Prioritätenliste ganz ob steht und noch kein Haushaltsentwurf vom Landtag ohne Veränderungen verabschiedet wurde.

Frau Kordowski von der CDU hat dagegen gehalten und die Frauen für heute in den Landtag eingeladen, damit sie sehen können, dass die Koalitionsfraktionen allen Versprechungen zum Trotz die vorgeschlagenen Kürzungen ohne Wenn und Aber unverändert absegnen würden.

Nun, es ist immer schön, Recht zu bekommen, aber an dieser Stelle freue ich mich ganz besonders, dass ich mit meinem vorsichtigen Optimismus Recht behalten habe. Schade, dass ich nicht mit Frau Kordowski gewettet habe.

Das Verhandlungsergebnis der Koalitionsfraktionen kann sich sehen lassen. Alle Strukturen im Frauenbereich bleiben erhalten. Unvermeidbare Kürzungen wurden abgemildert, sodass in allen Fällen die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen erhalten bleibt.

Nachdem unser Verhandlungsergebnis im Dezember öffentlich wurde, habe ich unzählige Dankesbriefe und Mails bekommen. Ich will diese Gelegenheit hier nutzen, diesen Dank weiterzugeben, natürlich zuerst an die Verhandelnden aus meiner Fraktion mit Sylvia Löhrmann an der Spitze, aber natürlich auch an die Verhandelnden der SPD-Fraktion. Denn zu einer Einigung gehören bekanntlich zwei. Und die Rede meiner Kollegin Gerda Kieninger eben hat deutlich gemacht: Es gibt ein großes Maß an Gemeinsamkeiten in den Koalitionsfraktionen. Ich denke, auf der Basis können wir gut weiterarbeiten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich kann Ihnen und euch versichern, dass mit den vereinbarten Veränderungen für den Einzelplan 11, insbesondere im Bereich Frauen, vielen Betroffenen ein schönes Weihnachtsfest und eine große Erleichterung beschert wurden. Nun zu den Ergebnissen im Einzelnen:

In den 63 landesgeförderten Frauenhäusern werden weiterhin die Mittel für vier Personalstellen zur Verfügung gestellt. Damit tragen wir der ho-

hen Arbeitsbelastung dort Rechnung. Meine Bitte an die Landesregierung geht dahin, die vorgesehene Veränderung der Förderrichtlinien mit Verzicht auf Qualifikationsvorgaben zu überdenken und in Kooperation mit den Trägern zu einer Korrektur zu kommen.

Es ist uns auch gelungen, die Förderung je einer halben Stelle in den Einrichtungen, die gegen sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen tätig sind, zu erhalten. An all diese unterschiedlich strukturierten Frauenberatungsangebote richtet sich die in der Beschlussempfehlung enthaltene Aufforderung, im Jahr 2004 zu prüfen, wie die zurzeit wahrgenommene Aufgabe Beratung und Begleitung von Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, noch besser erfolgen kann, sei es durch Integration oder durch verbindliche Kooperation mit anderen Frauenhilfeeinrichtungen.

Um dieser Aufforderung einen entsprechenden Nachdruck zu verleihen, sind die Mittel für 2005 zunächst gesperrt. Wir erwarten, dass im Laufe des Jahres 2004 entsprechende Vereinbarungen vorgelegt werden, damit der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags - aus unserer Sicht unter Beteiligung des Frauenausschusses - die Mittel rechtzeitig entsperren kann. Dabei betone ich ausdrücklich: Wir wollen keine Zwangsintegration oder -fusion verschiedener Träger, es geht uns vielmehr darum, Verbindlichkeit bei der notwendigen Weiterentwicklung der Kooperation herzustellen.

Angesichts der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Streichung der so genannten Notrufförderung hatte das Frauenministerium auch für die Frauenberatungsstellen einen neuen Richtlinienvorschlag erarbeitet. Der bisherige Leitauftrag einer umfassenden Lebensberatung sollte zugunsten des Schwerpunkts Gewalt aufgegeben werden. Ich bitte das Ministerium, auch dies zu überdenken. Aus unserer Sicht muss der Anspruch auf umfassende Lebensberatung dringend gesichert werden, um die Niedrigschwelligkeit der Beratungsarbeit zu sichern.

Es ist uns in den Haushaltsberatungen auch gelungen, die Fördermittel für Zufluchtsstätten für missbrauchte Mädchen zu sichern. Zwei Einrichtungen werden hier modellhaft gefördert. Gerda Kieninger hat es gesagt: Wir müssen dieses Jahr nutzen, um zu prüfen, wie der konkrete Landesauftrag bei dieser eigentlich kommunalen Aufgabe aussieht.

Im Kapitel Gleichstellung von Frau und Mann im Haushalt gibt es einen Bereich, in dem auch klei-

ne Summen große Bedeutung haben - da, wo es um besondere Zielgruppen geht. Nennen will ich hier die Mittel zur sicheren Unterbringung von Menschenhandelsopfern, die Unterstützung des Ausstiegs von Prostituierten und das Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Bei diesen drei Zielgruppen ist es uns mit insgesamt unter 600.000 € gelungen, die geplanten Streichungen bzw. Kürzungen zurückzunehmen. Das war uns in allen drei Feldern sehr wichtig. Es fehlt die Zeit, das jetzt im Einzelnen auszuführen. Wir waren uns im Frauenausschuss in diesen Punkten aber auch einig. Besonders erfreulich finde ich das bei dem oftmals umstrittenen Thema Prostituiertenberatung.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Marianne Hürten (GRÜNE): Lassen Sie mich zum Schluss noch ganz kurz auf einen Bereich eingehen, der Frauen insgesamt betrifft.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Aber bitte ganz kurz, Frau Kollegin.

Marianne Hürten (GRÜNE): Gerade angesichts der Kürzungen wird auch von anderen, von Gleichstellungsbeauftragten und Initiativen, häufig gesagt: Wir befürchten, dass Frauen dabei überproportional betroffen sind, und fordern, einen neuen Weg zu gehen - Gender-Budgeting. Ich bin froh, dass wir mit dem Koalitionspartner vereinbart haben, uns auf diesen Weg zu begeben. Wir werden in den kommenden zwei Jahren noch ausführlich Gelegenheit haben, genauer darüber zu sprechen und festzulegen, wie wir in Bezug auf die Verteilung der Haushaltsmittel auf die Geschlechter zu mehr Transparenz und so zu Geschlechtergerechtigkeit im Haushalt insgesamt kommen.

Ich danke Ihnen und hoffe, dass angesichts der Übereinstimmung bei den Themen auch die Opposition - zumindest bei diesem Einzelplan - der Beschlussempfehlung zustimmen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Hürten. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz schwieriger Haushaltslage war es bei der Aufstellung des Landeshaushaltes mein vorrangiges Ziel, die Finanzmittel so einzusetzen, dass Schwerpunktaufgaben und Weiterentwicklung in der Frauenpolitik deutlich erkennbar sind und eine weit gehende Planungssicherheit für Träger und Kooperationspartner des Landes gegeben wird.

So sind auch nach dem Haushaltsentwurf tragende Strukturen und zentrale Aufgaben gesichert. Mit einer Konzentration der Aufgaben sind Synergieeffekte möglich. Außerdem erfolgte eine erste Ausrichtung hin zu einer stärkeren outputorientierten Fortentwicklung der Förderung. Erleichtert wird diese zukunftsorientierte Politik allerdings durch Entscheidungen des Landtags, der für den Bereich der Frauenpolitik mehr Geld zur Verfügung stellen will, als es der Entwurf der Landesregierung vorsieht.

Ein zentrales Thema nordrhein-westfälischer Frauenpolitik bleibt auch zukünftig die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Wichtiges Instrument ist dabei die Förderung der Beratungs- und Hilfestruktur vor Ort. Fest steht: Wir werden auch zukünftig ein nahezu flächendeckendes, bundesweit beispielhaftes Netz von 63 Frauenhäusern und 55 allgemeinen Frauenberatungsstellen haben.

Der Entwurf der Landesregierung sah eine Kürzung in Höhe der vierten Personalstelle der Frauenhäuser vor. Grund dafür, die Mittel zu streichen, waren allein finanzielle Erwägungen. Ich kann es deshalb nur begrüßen, wenn der Landtag durch Umschichtungen Wege findet, weiterhin eine uneingeschränkte Förderung der Frauenhäuser zu ermöglichen.

Eine inhaltliche Fortentwicklung der Angebote hin zu einer stärkeren Konzentration der Fördermittel für die Arbeit der allgemeinen Frauenberatungsstellen aus dem Bereich Gewalt gegen Frauen wird mit diesem Haushalt angestoßen. Im Hinblick auf die neuen Herausforderungen durch das Gewaltschutzgesetz und das neue Polizeirecht bedarf es auch hier einer Verstärkung. So soll die Arbeit gegen sexualisierte Gewalt zukünftig als Baustein zum Spektrum der allgemeinen Frauenberatungsstellen gehören, wie dies zum Großteil bereits der Fall ist. 34 von 45 Initiativen gegen sexualisierte Gewalt sind in allgemeine Frauenberatungsstellen integriert.

Auch für die nächsten beiden Jahre ist die Weiterförderung aller acht spezialisierten Fachberatungsstellen für Opfer von Menschenhandel geplant. Die im Antrag der Koalitionsparteien vorgesehene Finanzierung auch der Unterbringungskosten der Opfer von Menschenhandel begrüße ich sehr. Ich würde mir wünschen, dass auch andere Länder dieses erfolgreiche Konzept der Opferschutzarbeit in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung von Menschenhandel übernehmen.

Meine Damen und Herren, von einer Gleichstellung der Frauen sind wir nach wie vor weit entfernt. Darum muss die berufliche Frauenförderung einer der Schwerpunkte der Frauenpolitik auch in diesem Haushalt sein. Daher ist in der Tat die Forderung der FDP-Fraktion, ausgerechnet die Regionalstellen "Frau und Beruf" komplett einzustellen, meines Erachtens einfach nur "abenteuerlich". Regionalstellen sind ein wichtiges und erfolgreiches Instrumentarium, um Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf zu erreichen. Allein die 80.000 Frauen, die im letzten Jahr über Information, Beratung und Qualifizierung mit den Regionalstellen zusammengearbeitet haben, sind meines Erachtens ein wichtiges Indiz.

Mit dem Förderansatz im Landeshaushalt ist vorgesehen, die landesweit unterschiedliche historisch gewachsene Förderung der Regionalstellen anzugleichen, sie durch objektive nachvollziehbare Kriterien sinnvoll zu strukturieren und somit auch mehr Transparenz zu schaffen. Diese Notwendigkeit wird auch von den Trägern gesehen. Die von den Koalitionsfraktionen vorgesehene Erhöhung der Mittel für die Regionalstellen hilft, Härten bei der Umstrukturierung weitgehend zu vermeiden. Die Berechnung der Förderung unter Berücksichtigung eines Einwohnerschlüssels und einer Arbeitsmarktkomponente unterstützen die Regionalstellen, die vor besonderen Herausforderungen und vor besonderen Aufgaben stehen.

Viel tut sich auch auf dem Gebiet des Gender-Mainstreaming. Hier gehen wir einen bislang einzigartigen Weg. Wir setzen Gender-Mainstreaming konsequent im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung um. Diese Strategie ist nicht nur vorbildlich, sondern auch bislang in diesem Themenfeld bundesweit einzigartig.

Sehr geehrte Damen und Herren, die gesetzten Schwerpunkte im Frauenetat 2004 und 2005 erlauben es, eine zukunftsorientierte Frauenpolitik fortzuführen und zugleich neue Impulse zu setzen. Im Wesentlichen geht es um drei große Arbeitsbereiche: um den Schwerpunkt Hilfe, Beratung und Opferschutz, den Schwerpunkt Teilhabe, Gleichberechtigung und Antidiskriminierungsarbeit

und den Bereich der Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für Frauen in Ausbildung und Beruf, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Work-Life-Balance für Frauen und Männer, für Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit:

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

• **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr.

Ich mache an dieser Stelle den Hinweis, dass die Abstimmung über den Einzelplan 11 erst nach der Beratung über den Bereich 13 - Migration - erfolgt.

Ich rufe nunmehr den **Bereich 7** auf:

Wissenschaft und Forschung

Damit ist der Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4806 hin, eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Kuhmichel das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, welches Wort am Ende dieses Jahres die Chance hat, das Wort des Jahres zu werden. Aber ich glaube, das Wort "Eliteuniversität" hat zurzeit sehr gute Chancen.

Meine Damen und Herren, aus dem vermeintlich großen Wurf des Bundeskanzlers wurde - das haben wir alle erlebt - ein klassischer Bumerang. Auf den Ruf nach deutschen Elitehochschulen folgte das vernichtende Echo aus dem Kreis unserer Hochschulleitenden, der Hochschulleitungen, bundesweit, aber auch und gerade hier bei uns. Aus einem politischen Ablenkungsmanöver wurde eine offene Abrechnung mit den hochschulpolitischen Fehlleistungen hier in diesem Land. Des Bundeskanzlers neueste Show wurde öffentlich in ihre Einzelteile zerlegt. Ich darf ein wenig aus dem bundesdeutschen und auch aus dem nordrhein-westfälischen Blätterwald zitieren.

Prof. Labisch, der neue Rektor der Uni Düsseldorf, sagt, da könne er nur lachen. Er wünscht mehr Freiheit für die Hochschulen, er wünscht mehr Unabhängigkeit und weniger staatliche Einflussnahme, und er setzt auch für sein Haus auf ein Modell "Stiftungshochschule", ein Begriff, der hier wirklich schon des Öfteren eine große Rolle gespielt hat, von uns vorgetragen, von Ihnen, von

Rot-Grün und der ministeriellen Seite, zurückgewiesen. Hier wird es noch einmal offen gefordert. Man muss sich also schon wundern.

Steinbrück, unser Ministerpräsident, äußert, dass er den Begriff "Eliteuniversität" für äußerst unglücklich und kontraproduktiv hält, der Begriff beschwere die Diskussion über die Leistungsfähigkeit der Hochschulen.

Die Unis im Ruhrgebiet begehren neuerdings auf. Frau Ministerin, das können Sie nicht einfach so wegtun, da ist was dran, da baut sich etwas auf. Darüber ist in der Tat wirklich, und zwar kurzfristig, nachzudenken und zu beraten, was wir hier tun können, um diese Landschaft nicht vollkommen abzukoppeln.

Dann lesen wir: "Rotstift bei studentischen Hilfskräften", auch ein Ausfluss der Haushaltsmisere hier. Und das vor dem Hintergrund der Diskussion "Elitehochschulen". Es passt nichts zusammen.

Oder: "Kraft-Akt" - Sie sind gemeint, Frau Ministerin. Mit den Namen ist das so eine Sache. Mir geht es ja so ähnlich. "Kraft-Akt löst Proteste aus". In Aachen hatten Sie es schwer, weil 400 Studenten der Fachhochschule wegen des Stellenabbaus und der übertriebenen Eile der Umsetzung bei Bachelor und Master demonstrierten. Und dann lese ich in der "Westdeutschen Zeitung": "Hohn und Spott für Elite-Unis. Wuppertals Rektor Volker Ronge hält die Regierungspläne in Berlin für Unsinn. Sein Kollege Alfons Labisch in Düsseldorf fordert mehr Freiheiten." Auch hier wieder: Stiftungshochschulen und die vernichtende Bilanz von Labisch, in Düsseldorf gebe es einen chronischen Mangel an Geld, Autonomie und Konkurrenz, nichts sei zu bewegen. "Wir bekommen nicht einmal die Mittel, die man uns 2002 im Rahmen der Zielvereinbarungen zugesagt hat." Und so weiter und so fort!

Also ein vernichtender Reflex auf diese Idee aus Berlin, von Scholz und Schröder, einfach Eliteuniversitäten in Wind und Menge zu streuen.

Und dann, wie es so üblich ist: Schröder legt noch eins drauf. Er gründet eine Innovationsoffensive. Er lädt also Exzellenzen ein, zwölf an der Zahl, und will ihnen jetzt nahe bringen, wie man das alles umzusetzen habe. Auch hier schon die Vermutung, aus Erfahrung natürlich, dass es sich um eine Show-Veranstaltung handeln könne. Olaf Henkel, der ehemalige Präsident, oder Herr Rogowski vom BDI oder Herr Bullinger gehen natürlich hin; das ist klar. Das ist eine gewisse Auszeichnung. Der Kanzler ruft. Aber alle haben große Sorgen: Show in Tüten, nichts wird dabei herauskommen. Und dann liest man, bezogen auf

tellektuellen Fähigkeiten, um zwei Zahlen zusammenzuzählen. Schade!

Wichtige Stichpunkte werden für uns in diesem Jahr sein, dass wir die internationale UN-Konferenz in Bonn "Renewables" aktiv begleiten werden, dass wir unsere Partnerschaft mit Mpumalanga auch inhaltlich stärker fortsetzen und

(Beifall von Ute Koczy [GRÜNE])

dass wir natürlich Kampagnen wie fairen Handel weiter unterstützen werden.

Es geht uns aber auch um die Umweltbildungs- und Informationsarbeit, weil wir dort die Schwerpunkte setzen. Mit der Stiftung haben wir einen guten Partner. Wir versuchen, das neue Programm "kommunale Zusammenarbeit", welches nun in meinem Etat etatisiert ist, so unbürokratisch wie möglich den Kommunen für Eine-Welt-Arbeit zur Verfügung zu stellen. - Vielen Dank für Ihre Geduld so spät am Abend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. Auch hier eine vorbildliche Disziplin. - Wir haben damit den Bereich 12 - Europa und Eine-Welt - beendet. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 02** - Ministerpräsident - entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4802. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Ich weise darauf hin, dass die Abstimmung über den Einzelplan 10 erst am Donnerstag nach der Abstimmung über den Bereich 7 - Umwelt- und Landesplanung - erfolgt.

Ich rufe **Bereich 13** auf:

Migration

Damit ist der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811 und auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4923 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Eckhold das Wort.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einigen harten Fakten beginnen. Die wichtigsten Ergebnisse einer vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik im Jahr 2003 herausgegebenen Studie über junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf lauten:

Erstens: "Auszubildende aus Zuwandererfamilien haben nicht nur geringere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als einheimische deutsche Jugendliche, sondern es gibt auch Anzeichen, dass sich der Rückstand wieder vergrößert."

Zweitens: "Bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist nach wie vor ein stark verengtes Berufsspektrum zu beobachten. In den neuen Berufen sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verschwindend gering. Dies gilt insbesondere für die zukunftsträchtigen Ausbildungsberufe im Informations- und Telekommunikationsbereich."

Drittens: "Im Hochschulbereich sind die größten Rückstände bei der Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen."

Wie Sie sehen, kommt diese Studie zu einem insgesamt verheerenden Ergebnis. Die soziale Mobilität der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien hat nicht nur nicht zugenommen, sondern sie hat in den letzten Jahren sogar abgenommen. Ein fatales Zeugnis kann man einer Integrationspolitik nicht ausstellen, denn vor allem auf die Jugendlichen kommt es an.

Bereits in zehn Jahren werden wir in vielen deutschen Großstädten einen Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 50 % haben. Was die angesichts dieser Größenordnung mangelnde soziale Mobilität dieser Menschen für die Zukunft Deutschlands bedeutet, kann sich jeder leicht ausmalen.

Was tut die Landesregierung? Sie kürzt die Mittel für die Integrationsmaßnahmen im Doppelhaushalt 2004/2005 real um 40 %, und das, obwohl alle Fraktionen 2001 eine richtungweisende Integrationsoffensive für NRW beschlossen haben. Diese Kürzungen machen eine gute Integrationspolitik nahezu unmöglich. Sie zeigen das Desinteresse der Landesregierung am parlamentarischen Willen.

Rot-Grün argumentiert immer damit, dass durch die Streichungen vor allem Mittel für das Zuwanderungsgesetz des Bundes bereitgestellt werden,

das wir blockieren würden. Dazu muss man Zweierlei sagen:

Erstens. Die Mittel haben Sie nicht extra bereitgestellt, sondern komplett durch Einsparungen aus anderen Töpfen der Integrationsarbeit geholt. Es sind also reale Einsparungen. Wenn Sie nicht mehr an das Zuwanderungsgesetz glauben, sollten Sie die Mittel wieder dort einstellen, wo sie wirklich gebraucht werden. Das gilt z. B. gerade auch für die Integration der Spätaussiedler, bei der Sie bis 2005 rund 60 % einsparen wollen, und das, obwohl wir alle wissen, dass besonders hier große Integrationsprobleme vorliegen.

Zweitens. Das Argument mit dem Zuwanderungsgesetz zieht auch deshalb nicht, weil es in erster Linie die Neuzuwanderung regeln wird. Für alle Menschen, die bereits hier leben und große Integrationsdefizite haben, wird das Gesetz keine neuen Möglichkeiten bereitstellen.

Deshalb haben wir als CDU-Landtagsfraktion ein eigenes Integrationsgesetz vorgelegt, das genau dieser großen Gruppe bessere Chancen geben soll, indem es bei dem für jede gelungene Integration so wichtigen Hebel der Sprache ansetzt. Dafür braucht man die Mittel, die Sie gerade gestrichen haben. Sie haben für unseren Gesetzentwurf nur Spott und Hohn übrig. Sie sind aber nicht in der Lage, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, obwohl das dringend nötig wäre, wie die Ergebnisse der zitierten Studie ohne Wenn und Aber belegen.

Die avisierten Kürzungen zeigen: Auch die Integrationspolitik steht nicht unter dem Vorzeichen des Aufbruchs, sondern sie steht eher für die Düsseldorfer Kapitulation. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Eckhold. - Für die SPD erteile ich jetzt Frau Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich will den Kolleginnen und Kollegen nicht den Abend verderben und werde deshalb nicht in ganzer Breite auf die Punkte eingehen. Dabei würde es sich wirklich lohnen.

Noch einmal zu der Legende: "Sie sparen in diesem Haushalt bei der Integrationspolitik um 40 %." Das bezieht sich immer wieder auf die 27,5 Millionen €, die wir im Haushalt 2003 für das Zuwanderungsgesetz eingestellt haben, das dann dank der tätigen Mithilfe der CDU im Vermittlungsausschuss bzw. im Bundesrat nicht zum

Tragen gekommen ist. Viele Pessimisten sagen, dass sich das, was im Augenblick im Vermittlungsausschuss verhandelt wird, nicht mehr Zuwanderungsgesetz nennen darf. Wenn ich die Position der CDU in den letzten Tagen, wie sie von dem Kollegen Bosbach vorgetragen wurde, richtig verstanden habe, ist es offensichtlich immer noch so, dass Sie mit diesem Gesetz eines ganz klar verfolgen: Sie wollen keine Zuwanderung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich muss Ihnen sagen, damit haben Sie das Thema dieser Debatte, das Thema der Integrationsoffensive und das Thema der Diskussion auf der Bundesebene im Großen und Ganzen leidlich verfehlt.

Noch einmal: Die größten Einsparungen nehmen wir in diesem Bereich des Haushalts vor, weil wir zum jetzigen Zeitpunkt eben kein Zuwanderungsgesetz haben. Irgendwann werden Sie sich fragen müssen, wessen Interessen Sie hier überhaupt vertreten. Die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen können es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Denn es ist doch wohl ein purer Witz, dass Sie von dieser Landesregierung verlangen, dass sie sich jetzt haushaltspolitisch festlegt, obwohl die gesetzliche Grundlage, die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zum Thema Zuwanderungsgesetz überhaupt noch nicht bekannt ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da soll das Land Nordrhein-Westfalen sich einstweilen schon einmal festlegen. Wenn die Sozialdemokratische Partei das von der Landesregierung in Hessen verlangen würde, wüsste ich gerne einmal, wie Ihr Kollege Koch darauf reagieren würde. Ganz sicher würden Sie sagen, das sei ein unverständliches und vollkommen unangemessenes Vorgehen der Sozialdemokratie in Hessen. Vor diesem Hintergrund kann ich bestimmte Dinge einfach nicht mehr verstehen - und auch nicht mehr hören -, weil Sie letztlich die Landesinteressen zu vertreten haben. An dieser Stelle machen Sie aus purem parteitaktischem Kalkül das genaue Gegenteil.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben mit unseren Koalitionsanträgen versucht, die Antidiskriminierungsarbeit zu erhalten bzw. zu stärken. Es gibt hier unterschiedliche Pro-

jekte, Maßnahmen, Initiativen zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Das ist ein wichtiger Aspekt der nordrhein-westfälischen Integrationspolitik. Mit unserem Antrag ist auch deutlich geworden, dass wir diesem Aspekt der Integrationspolitik eine erhebliche Bedeutung zukommen lassen wollen.

Die Deckungsfähigkeit aus der Titelgruppe 65 bzw. die Frage, wie wir mit der kleinen Haushaltsposition 43.000 € im Bereich § 96 BVFG umgegangen sind, betrachten Sie offenbar als Ausweis dafür, dass wir zum einen, wie Sie sich gerade einließen, wohl nicht mehr an ein Zuwanderungsgesetz glauben, uns aber zum anderen in irgendeiner Form aus der Integrationspolitik verabschieden wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Es geht tatsächlich um das, was wir hier seit vielen Jahren - übrigens in der Integrationsoffensive mit Ihnen gemeinsam - verfolgt haben: Die Frage von Zugewanderten z. B. aus der Türkei, aus den EU-Staaten, aus den zukünftigen EU-Staaten, aber auch die Frage der Spätaussiedler oder der jüdischen Kontingentflüchtlinge sind gemeinsam zu betrachten, weil das alles Menschen mit Migrationshintergrund sind, die Integrationsprobleme haben.

Hinzu kommt aber an der Stelle: Ob es ein Zuwanderungsgesetz geben wird oder nicht, von welchem Verfasser auch immer - ich glaube bis zuletzt daran, dass es ein Zuwanderungsgesetz gibt, weil ich einfach denke, dass die politische Vernunft irgendwann auch Ihrer Partei einfach sagen muss, dass dies in der Bundesrepublik im Jahre 2004 tatsächlich einmal geregelt werden muss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Die Maßnahmen in der Titelgruppe 65 werden so oder so neu geregelt werden müssen. Die Integrationsinfrastruktur wird an dieser Stelle nicht geschmälert. Wenn ich eines absolut nicht verstehen kann, dann sind das die Kürzungen bei den RAA, die Sie seit letzter Woche Donnerstag in Ihren Anträgen vorschlagen. Wenn es um fortschrittliche Integrationspolitik geht, wenn es um schulnahe Integrationspolitik geht, wenn es um Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf geht und da tatsächlich um Integrationsmaßnahmen, dann wird das in diesem Land - das gucken sich andere Bundesländer immer wieder an - vorbildlich über die RAA geregelt. Ich kann Ihnen nur sagen, dass eines deutlich wird: Ihre Defizitorientierung - Sie sehen Migranten immer nur als Menschen mit Problemen und Defiziten - zeigt sich in der Argumentation zu Ihrer Antragstellung.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Britta Altenkamp (SPD): Ich komme zum Schluss. - Der Haushalt, den wir in diesem Bereich mit unseren Anträgen im Ausschuss beraten haben, ist ein verträglicher Haushalt. Natürlich gibt es Kürzungen, aber verträgliche Kürzungen. Dabei haben wir die integrationspolitische Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen, die vorbildlich ist, erhalten. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. - Für die FDP spricht Frau Dr. Dreckmann.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese rot-grüne Landesregierung hat sich tatsächlich aus der aktiven Migrationspolitik zurückgezogen.

(Beifall bei der CDU)

Die Zahlen des vorliegenden Haushalts sprechen eine deutliche Sprache. Die Kürzungen seien glimpflich verlaufen, erklärte die Ministerin im Migrationsausschuss. In Wirklichkeit hat dieser Politikbereich in den nächsten beiden Jahren Kürzungen von insgesamt über 40 % zu verkraften. Das ist nicht von uns erfunden, sondern die Zahlen liegen auf dem Tisch. Insofern ist diese Zahl auch richtig.

Als wir im Sommer 2001 einstimmig die Integrationsoffensive beschlossen haben, war uns allen klar, dass die darin formulierten Forderungen Geld kosten würden, und zwar viel Geld; auch darüber waren wir uns klar. Die Obleute des Migrationsausschusses haben damals bei jeder Podiumsdiskussion einmütig erklärt, dass wir dafür sorgen würden, dass dieses Geld auch zur Verfügung gestellt wird. Ich bin wirklich traurig darüber, dass dieses Wort keine Gültigkeit mehr hat.

Seit wir die Integrationsoffensive beschlossen haben, ist im Prinzip so gut wie nichts passiert, außer dass wir inzwischen einen Integrationsbeauftragten haben - dessen Arbeit schätze ich durchaus -; der soll es jetzt in Gesprächen mit Betroffenen richten. Ich fürchte, das reicht nicht. Die Umsetzung der Integrationsoffensive, liebe Frau Ministerin Fischer, ist auch nicht durch konzeptionelle Reformen und Schwerpunktverlagerungen erreichbar, wie Sie dies im Erläuterungsband zum Einzelplan 11 formulieren. Dazu müssen Sie schon Geld in die Hand nehmen. Aber das Sparen bei der Integration der hier lebenden Migran-

tinnen und Migrantinnen hat schon Tradition in diesem Land.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie uns Herr Staatssekretär Fischer vom damaligen Ministerium für Arbeit und Soziales in der Sitzung des Migrationsausschusses am 26. September 2002 mit leuchtenden Augen verkündete, dass im Haushaltsjahr 2003 insgesamt 10 Millionen € mehr für die Integrationspolitik in unserem Land zur Verfügung stünden als 2002. Gut 5 Millionen € seien in Kapitel 15 060 - Landesmaßnahmen für Zugewanderte - mehr eingeplant als im Haushaltsjahr 2002, weitere 5 Millionen € seien für die Zuwanderungspolitik im Gemeindefinanzierungsgesetz verbucht. Dies zeige, wie wichtig diese Landesregierung die Förderung der hier lebenden Migrantinnen und Migrantinnen und vor allem die Umsetzung der Integrationsoffensive nehme.

Das klang zuerst einmal ganz gut. Die Freude darüber hielt nicht lange an. Denn dann präsentierte uns der Herr Staatssekretär eine interessante Rechnung. Ohne Bezugnahme auf das zuvor Gesagte wies er darauf hin, dass 27,5 Millionen € in der neuen Titelgruppe 67 für die Umsetzung der dem Land obliegenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes festgelegt seien, mit dessen Inkrafttreten in Kürze - damals zum 1. Januar 2003 - zu rechnen sei.

Um diese Summe finanzieren zu können, wurden die Ausgaben der anderen Titelgruppen der Migrationspolitik gleichzeitig um insgesamt mehr als 22,5 Millionen € gekürzt. Tatsächlich standen im Jahre 2003 also nicht 10 Millionen € mehr für die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migrantinnen zur Verfügung, sondern 12,5 Millionen € weniger.

Wenn uns jetzt die Sozialministerin Fischer in der Sitzung des Migrationsausschusses am 27. November 2003 erklärt, trotz der Absenkung des Gesamtvolumens in Kapitel 11 060 um 33 % von 2003 auf 2004 und weitere 9 % im Ansatz für 2005 bliebe die integrationspolitische Infrastruktur erhalten, denn es würden nur Mittel zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes gestrichen, dann setzt sie auf unser mangelndes Erinnerungsvermögen an das gerade geschilderte Rechenkunststück des Staatssekretärs Fischers.

Und was, liebe Frau Fischer, machen Sie eigentlich, wenn das Zuwanderungsgesetz doch kommt? Werden Sie dann die notwendigen Mittel wieder dadurch erwirtschaften, dass Sie das, was an migrationspolitischen Fördersummen noch da ist, auch wieder zusammenstreichen, um die

27,5 Millionen € bereitstellen zu können? Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Glaubwürdige Migrationspolitik sieht anders aus.

Die FDP-Fraktion hat im Migrationsausschuss beantragt, die 27,5 Millionen € für die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes wieder in den Haushalt aufzunehmen; denn wir wollen das Zuwanderungsgesetz. Wir glauben auch fest daran, dass es kommt.

Wenn dieses Gesetz nicht kommen sollte, dann könnte man diese Mittel für die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migrantinnen nutzen. Denn aus diesem Topf stammt das Geld ja ursprünglich. Es ginge also nur an die richtige Stelle zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Sie haben unsere Änderungsanträge in der Ausschusssitzung abgelehnt. Sie schmücken sich zwar gerne mit dem Mäntelchen einer engagierten Migrationspolitik, aber die Zahlen dieses Doppelhaushalts beweisen das Gegenteil. Ich bin tatsächlich gespannt, mit welchen Worten Sie uns bald wieder im Migrationsausschuss erzählen werden - wie auch in den anderen Ausschüssen -, dass alles hier in diesem Land auf gutem Wege sei.

Aber, meine Damen und Herren, bei aller Liebe zur fernöstlichen Philosophie: Die Devise "Der Weg ist das Ziel" taugt vielleicht als Motto einer individuellen Lebensplanung; als Regierungsprogramm taugt es nicht. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Dreckmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Haußmann.

Sybille Haußmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unbestritten ist doch, dass wir hervorragende Strukturen zur Unterstützung der Integration der Migrantinnen und Migrantinnen in unserem Land haben. Das ist uns noch einmal von den Experten in der Anhörung im Migrationsausschuss zum Thema Sprachförderung ausdrücklich bescheinigt worden.

Diese Strukturen, die bundesweit führend sind, haben wir mit diesem Haushalt erhalten. Und das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren. Wir haben die Regionalen Arbeitsstellen erhalten, wir haben das Landeszentrum für Zuwanderung

erhalten. Die Unterstützung der Selbstorganisation, der Landesarbeitsgemeinschaft, der Antidiskriminierungs-Büros usw. wird beibehalten.

Das heißt, alles, was Sie hier lamentieren, ist doch eine Schimäre. Frau Altenkamp hat ausführlich dargestellt, welche Rolle Sie im Rahmen der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz einnehmen. Das will ich nicht wiederholen.

Darüber hinaus haben wir auch in anderen Haushaltsbereichen Unterstützungsmaßnahmen zur Integration. Ich erinnere nur an die Sprachförderung in der Vorschule, die von 5 auf 7,5 Millionen € aufgestockt worden ist, obwohl wir hier über einen Sparhaushalt diskutieren.

Die Integrationsoffensive ist angesprochen worden. Dort ist aber auch sehr wohl gesagt worden: Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Diese Querschnittsaufgabe heißt, dass man in allen Bereichen der Landespolitik Integrationspolitik ernst nehmen und mit auf die Agenda setzen muss. Und das kostet nicht immer zusätzliches Geld, sondern heißt nur, dass man die Sichtweise und die Arbeitsweise darauf ausrichten muss, dass sie die Migrantinnen und Migranten in unserem Land auch erreichen. Diese Aufgabe unterstützt der Integrationsbeauftragte mit Bravour. Ich denke, man sollte auch hier einmal deutlich erwähnen, dass auch das Geld für den Integrationsbeauftragten nicht gekürzt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Integrationspolitik hat sehr viel mit Akzeptanz in unserem Land zu tun, damit, dass wir endlich akzeptieren, dass wir in einem Land leben, in dem es kulturelle, in dem es religiöse Minderheiten gibt, die es zu respektieren, anzuerkennen und ernst zu nehmen gilt. Und das macht man nicht, indem man z. B. jede Frau des Fundamentalismus verdächtigt, die ein Kopftuch trägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Landeshaushalt nimmt weiterhin die Verantwortung des Landes für die Migrationspolitik in unserem Lande wahr. Wir unterstützen die Migrantinnen und Migranten in unserem Land in ihrem Bemühen, sich hier eine Existenz zu schaffen, gleichberechtigt zu leben und Chancen gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung wahrzunehmen.

Auf diesem Weg werden wir weitergehen. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihr Zuhören. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Haußmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die demographische und die integrationspolitische Herausforderung gehört zu den zentralen Aufgaben des Landes in den nächsten Jahren. Nordrhein-Westfalen ist das Land, das in der Vergangenheit die bei weitem meisten Menschen integriert hat - und das auch ganz überwiegend erfolgreich.

Das erfolgreiche Zusammenwirken von Landesregierung, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und nicht zuletzt der Selbstorganisation der Migranten hat über die Jahre zur Entwicklung einer integrationspolitischen Infrastruktur in unserem Land geführt, die bundesweit ihresgleichen sucht.

Sowohl unser Erfahrungsschatz als auch unsere Grundlagen, d. h. unsere Infrastruktur für integrationspolitische Arbeit, sind in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen gut. Deshalb war es unser vorrangiges Ziel bei der Aufstellung des Haushaltes 2004/2005, den Beitrag auch dieses Bereiches zur Konsolidierung der Gesamtfinanzen so zu gestalten, dass die gewachsene integrationspolitische Infrastruktur substantiell nicht beschädigt wird.

Das Ziel der Landesregierung, Konsolidierung des Haushaltes bei Sicherung der notwendigen Strukturen, hat im Fachausschuss die Bestätigung der Regierungsfractionen erfahren. Mit Ihren Änderungsanträgen wurden unsere Zielrichtungen nicht relativiert, sondern im Gegenteil gestärkt.

Meine Damen und Herren, so, wie der Haushaltsplan heute vor Ihnen liegt, ist der Erhalt der vom Land geförderten Einrichtungen, Projekte und Maßnahmen zur Förderung der Integration von ausländischen wie spät ausgesiedelten Zugewanderten nahezu uneingeschränkt gesichert - entgegen den Behauptungen der Oppositionsfractionen.

Dies gilt z. B. für die vor Ort so wichtigen Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, den RAA, das Netz der Sozialberatungsstellen für Ausländer und Ausländerinnen, das bei den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege unterhalten wird, die im Jahr der Ausländerbeiratswahlen so besonders wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Migranten-

vertretungen, die Forschung und Konzeptentwicklung des Zentrums für Türkeistudien und die pädagogische, kulturelle und soziale Arbeit von Migrantenselbstorganisationen.

Der Initiative des Parlaments ist es zu verdanken, dass nun auch die erfolgreichen Projekte gegen die Diskriminierung von Ausländern und von Angehörigen ethnischer Minderheiten ohne wesentliche Einschnitte weiter gefördert werden können. Unser Beitrag zur Konsolidierung wurde durch eine Änderung im Landesaufnahmegesetz erbracht. Die Pauschalen für die Erstattung von Sozialhilfekosten für die Kontingentflüchtlinge werden künftig nicht mehr drei, sondern nur noch zwei Jahre erstattet - wie auch in den meisten anderen Ländern in Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Vorwürfe der Opposition werden - ehrlich gesagt - auch durch Wiederholung nicht richtiger. Dieser Haushalt hat nichts mit dem an die Wand gemalten Katastrophenszenario zu tun, das Sie hier versucht haben darzustellen. Richtig ist: Wir haben 2004 unter dem Strich gegenüber dem Haushalt 2003 rund 29 Millionen € weniger eingestellt. Richtig ist aber auch: Diese Kürzung erklärt sich fast zu hundert Prozent daraus, dass wir im Doppelhaushalt noch keine Mittel für die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes einstellen konnten, da schlicht und ergreifend die notwendige Rechtsgrundlage fehlt.

Als wir den Haushalt 2003 aufgestellt haben, hatten wir ein Gesetz, das von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden war. Auf dieser Grundlage konnten wir seriös kalkulieren. Das haben wir getan. Zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005 bis zum heutigen Tag befand bzw. befindet sich das Gesetz nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Schwebezustand. Wie hätten wir da seriös kalkulieren können? Was hätten wir hier vernünftigerweise einstellen sollen? Wären nicht gerade Sie es gewesen, die der Landesregierung Luftbuchungen vorgeworfen hätten, wenn wir hier anders verfahren wären, als wir es nunmehr getan haben?

Hinzu kommt, dass man natürlich bei einer fairen Debatte und bei einer aufschlussreichen Debatte sagen muss, dass man nicht nur einen Vergleich zum Haushalt 2003 ziehen darf, sondern dass man dann auch einen Vergleich zum Jahre 2002 herstellen muss. Denn dann hätten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, feststellen können, dass es hier nicht um Kürzungen von 29 Millionen € geht. Es geht nämlich faktisch um

Kürzungen von rund 15 Millionen €. Das sind 20 %, nicht aber 40 %.

Es gibt aber noch einen zweiten Aspekt, den man ebenfalls hätte berücksichtigen müssen. Dabei handelt es sich um die Tatsache, dass das Landesaufnahmegesetz eine Reduzierung in Höhe von rund 13 Millionen € realisiert.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Ja, ich komme zum Ende. - Das heißt im Ergebnis, dass von den angeblichen Kürzungen in der aktiven Integrationspolitik von 29 Millionen de facto 2 Millionen € übrig bleiben. Die sind tatsächlich gekürzt worden, nicht mehr und nicht weniger. Das heißt, dass alle anderen Förderbereiche des Kapitels weitgehend unberührt bleiben. Wie Sie da von einer flächendeckenden Schwächung der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen sprechen können, bleibt mir ehrlich gesagt schleierhaft.

(Zuruf von der SPD: Das ist absurd!)

Das Gegenteil ist der Fall. Auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten hat die Landesregierung die Voraussetzung für eine Fortsetzung der Integrationsoffensive geschaffen.

Meine Damen und Herren, hören Sie endlich auf, die Integrationspolitik des Landes schlecht zu reden. Versuchen Sie, Ihre Energien einzusetzen, ihre Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir endlich zu einem Zuwanderungsgesetz kommen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen deshalb zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 11**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4923**. Das ist das Stichwort "Familienberatung" und die laufende Nr. 7 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? -

(Zurufe von der SPD: Drei! Vier! Fünf!)

Wer ist dagegen? -

(Zurufe von der SPD: Viele!)

Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt** worden.

Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 11** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? -

(Zuruf von der SPD: Ist doch keiner da!)

Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der vereinten Opposition **angenommen** worden.

Ich rufe **Bereich 14** auf:

Landtag

Betroffen ist der Einzelplan 01 - Landtag.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4801.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 01** entsprechend der Beschlussempfehlung 13/4801. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung vom ganzen Parlament einstimmig **angenommen** worden.

Ich rufe **Bereich 15** auf:

Landesrechnungshof

Betroffen ist der Einzelplan 13 - Landesrechnungshof.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4813.

Auch hier ist eine Beratung nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 13** entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich weise am Ende dieser Sitzung noch darauf hin, dass morgen keine Landtagsandacht stattfindet. Das Katholische Büro lädt zur nächsten Landtagsandacht für den 29. Januar, also eine Woche später, ein.

Wir **unterbrechen** an dieser Stelle die **Haushaltsberatungen** und setzen sie morgen mit den Beratungen der Einzelpläne 12 und 20 fort.

Ich berufe das Plenum für morgen, Donnerstag, 22. Januar 2004, 10 Uhr, wieder ein und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20:00 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

26. Januar 2004/Ausgegeben: 28. Januar 2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

